


<http://www.laender-analysen.de/russland/>

DIE BÜRGERGESELLSCHAFT IN RUSSLAND

■ ANALYSE		
Nichtregierungsorganisationen und Staat in Russland: aus der Geschichte in die Moderne		2
Grigorij Melkonjanz, Moskau		
■ ANALYSE		
Wie die Gesetzgebung über »ausländische Agenten« die Zivilgesellschaft und die Sozialpolitik in Russland ändert		8
Jelena Belokurowa, Anna Tarasenko, Sankt Petersburg		
■ UMFRAGE		
Russen über »nichtkommerzielle Organisationen«		13
■ UMFRAGE		
Putin in aktuellen Umfragen		17
Rating der russischen Minister		21
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
Pogrome in Birjuljowo		22
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Inländer, Ausländer, inländische Ausländer – vom schwierigen Zusammenleben in Russland		24
Jens Siegert, Moskau		
■ CHRONIK		
Vom 11. bis zum 24. Oktober 2013		27
■ LESEHINWEIS		
Reporter ohne Grenzen (ROG)-Bericht: Wie der russische Staat das Fernsehen lenkt		29
■ LESEHINWEIS		
Abstracts der Beiträge aus OSTEUROPA 9/2013		
»Machtlabyrinth. Russland und der Bürgerkrieg in Syrien«		30

Nichtregierungsorganisationen und Staat in Russland: aus der Geschichte in die Moderne

Grigorij Melkonjan, Moskau

Zusammenfassung

Die Arbeitsbedingungen für nichtkommerzieller Organisationen (NKO) – und dazu gehören die Nichtregierungsorganisationen (NGO) – sind in Russland schwierig. Sie stehen heute unter massivem Druck des Staates. Dabei hatten sie zunächst große Freiräume – anfangs verstand der Staat die Bedeutung der Institution NGO nicht. Erst in den Putin-Jahren ging man daran, die Verhältnisse im nichtkommerziellen Sektor zu ordnen. Der Staat misstraute insbesondere den Organisationen, die sich mit Menschenrechtsfragen befassten und versuchte ihre Tätigkeit zu behindern. Mit der Reform des NKO-Gesetzes im Jahre 2012 schuf er sich die Möglichkeit, schärfer gegen NGOs vorzugehen. Die Arbeitsmöglichkeiten wurden stark eingeschränkt, die Finanzierungsmöglichkeiten wurden stark beschnitten. Zusammenfassend lässt sich mit Bestimmtheit sagen, dass durch die Situation, die über die letzten Jahre entstanden ist, ernstliche Behinderungen für führende regierungskritische NGOs bestehen und deren Arbeit in Russland weiter erschwert wird. Für die Zivilgesellschaft sind die letzten Jahre sind die schlechtesten in der neuesten Geschichte Russlands.

Schwierige Bedingungen für NKO

In Russland sind die Bedingungen für die Arbeit nichtkommerzieller Organisationen (NKO)¹ schwierig, die Lage ist angespannt. Man kann aber nicht sagen, dass die unfreundliche Politik des Staates gegenüber NGOs überraschend gekommen ist. Die Attacken auf den nichtkommerziellen Sektor haben geraume Zeit vor den berüchtigten Korrekturen im Gesetz über nichtkommerzielle Organisationen eingesetzt, die den Organisationen den Status eines »ausländischen Agenten« zuschreiben. Über all die Jahre, die das moderne Russland als Staat besteht, ist der nichtkommerzielle Sektor genötigt gewesen, sich an die ständig strenger werden Vorschriften anzupassen und Attacken des Staates abzuwehren.

Das Recht auf Vereinigung sowie Freiheitsgarantien für die Tätigkeit gesellschaftlicher Vereinigungen sind in der Verfassung Russlands festgeschrieben. In letzter Zeit klaffen jedoch die Deklarationen und das reale Leben drastisch auseinander. Der Staat in Gestalt seiner Behörden mischt sich erheblich und ohne Umschweife in die Arbeit nichtkommerzieller Organisationen ein und verletzt dabei die in der Verfassung Russlands und durch internationale Normen garantierten Rechte und schafft Hindernisse für die Arbeit der Organisationen.

Zwei Typen von NKO

In Russland lassen sich zwei Typen nichtkommerzieller Organisationen unterscheiden, die sich durch ihren rechtlichen Status unterscheiden, einen speziellen und einen allgemeinen.

Zu den Organisationen mit speziellem Status können die Außenstellen und Vertretungen ausländischer Nichtregierungsorganisationen gerechnet werden. Merkwürdigerweise fallen diese nicht unter das Gesetz über »ausländische Agenten«, während das bei den russischen NKO der Fall war. Die Politischen Parteien, deren Ziel der Kampf um die Macht ist, zählen wir ebenfalls zu den NKO mit einem besonderen Status. Religiöse Organisationen haben einen besonderen rechtlichen Status, wobei einige von ihnen in Russland heute ebenfalls Verfolgungen ausgesetzt sind. Mit besonderen Rechten sind auch karitative Organisationen und Gewerkschaften ausgestattet. Gesellschaftliche Vereinigungen, die eine juristische Person bilden, sind mit zusätzlichen Rechten und Pflichten versehen, obwohl sie laut Gesetz auch ohne Registrierung tätig sein können. In diesem Fall haben sie nicht das Recht auf Eigentum und ein Bankkonto.

Gleichzeitig gibt es eine große Gruppe gewöhnlicher NKO: gesellschaftliche Organisationen, Bewegungen, Stiftungen, autonome nichtkommerzielle Organisationen sowie Assoziationen und Verbände solcher Organisationen. *[dieser Typ von NKO wird im Text in der Folge als NGO bezeichnet. Die Redaktion]*

Staat und NGOs 1999–2004

Die Geschichte der Beziehungen des Staates zu diesen NGOs weist eine ungewöhnliche Entwicklung auf. Ganz zu Beginn seines Bestehens, in den 1990er Jah-

1 Als »nichtkommerzielle Organisationen« werden im russischen Gesetz Strukturen bezeichnet, die keinen gewerblichen Zweck verfolgen und den erhaltenen Gewinn nicht unter den Gesellschaftern verteilen. Eine nicht-kommerzielle Organisation gilt als juristische Person und bedarf der staatlichen Registrierung. Russische NGOs (Nichtregierungsorganisationen) fallen unter dieses Gesetz.

ren, hatte der Staat die Bedeutung der Institution NGO nicht verstanden, da er mit der Lösung anderer, drängenderer Probleme beschäftigt war und man NGOs schlichtweg keine Beachtung schenkte. Diese Phase kann als goldene Zeit für den nichtkommerziellen Sektor bezeichnet werden. In jenen Jahren wurde für nichtkommerzielle Organisationen eine Finanzierung aus dem Ausland möglich, und gerade dank dieser Unterstützung sind viele Organisationen mit unterschiedlichsten Betätigungsfeldern entstanden. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts, als im Russischen Reich massenhaft Gewerkschaften sowie unterschiedliche wohltätige Gesellschaften und Klubs entstanden waren, waren die neunziger Jahre die erste Phase in der Geschichte Russlands, in der vom Staat unabhängige gesellschaftliche und nichtkommerzielle Organisationen frei arbeiteten. In dieser kurzen Zeit gelang es den Nichtregierungsorganisationen, ein notwendiges Niveau an Professionalität zu erreichen und mit den einzelnen Organisationen des dritten Sektors die Grundlage einer zukünftigen Bürgergesellschaft zu formieren.

Die Zeit von 1999 bis 2004 kann als »frühputinsche« Phase bezeichnet werden. Der Staat nahm sich die NGOs vor und traf Maßnahmen, um im nichtkommerziellen Sektor für »Ordnung« zu sorgen. Zum einen wurde beschlossen, die Organisationen »Stück für Stück« zu zählen und sich einen Überblick zu verschaffen, womit sie sich beschäftigen. Als zweites beschloss das Justizministerium 1999, dass alle Organisationen eine Neuregistrierung durchlaufen müssen. Dann stellte sich heraus, dass der Staat allen Organisationen, in dessen Satzungen vom Schutz der Menschenrechte die Rede war, die Neuregistrierung verweigern wollte. Das wurde damit begründet, dass der Schutz der Menschenrechte die Prerogative des Staates sei. Den Bürokraten hatte es nicht gefallen, dass Menschenrechtsorganisationen als Mittler zwischen Staat und Bevölkerung auftreten, und es wurde beschlossen, eine Neutralisierung dieser Tätigkeit unternehmen. Das Justizministerium verweigerte Organisationen, deren Satzungsziele »Schutz der Menschenrechte« lauteten, die Neuregistrierung. Diese Beanstandung erfolgte gegenüber vielen bekannten Menschenrechtsorganisationen, unter anderem der »Stiftung zur Verteidigung von Glasnost«, dem Menschenrechtszentrum »Memorial«, der Bewegung »Soldatenmütter Russlands« und der »Bürgerhilfe«. Die misstrauische Haltung des Staates gegenüber den NGOs wird in einer Äußerung Präsident Putins von 2004 deutlich: »Für einige Nichtregierungsorganisationen ist ein anderes Ziel vorrangig geworden – insbesondere der Erhalt von Geldern von einflussreichen ausländischen und russischen Stiftungen, während es bei anderen die Dienste für dubiose Gruppen und kom-

merzielle Interessen sind... Sie werden wohl kaum die Hand beißen, die sie füttert«.

Die Repressionsphase 2005–2006

2005 und 2006 waren Jahre der »Repressionen«. Es wurden neue Änderungen in der NGO-Gesetzgebung vorgenommen, die eine zusätzliche obligatorische Berichterstattung der Organisationen über ihre Tätigkeit und ihre Finanzierung vorsahen. Zur gleichen Zeit wurde die Gesellschaftskammer der Russischen Föderation gebildet, wobei die meisten Menschenrechtsorganisationen deren Einrichtung boykottierten und keine Vertreter dorthin entsandten. 2005 wurde die Steuerinspektion als Druckinstrument hinzugeschaltet; die unternahm dann umfangreiche Überprüfungen der Einnahmen und Ausgaben von NGOs. Auf Grund der Überprüfungen formulierte der Staat für sich drei wichtige Schlussfolgerungen: 1) Menschenrechtsorganisationen sind die stärksten Organisationen und erhalten Zuwendungen aus dem Ausland; 2) eine große Zahl von NGOs nutzen ihr Recht auf eine Tätigkeit ohne Registrierung und haben, während sie so aktiv sind, keine formalen Verbindungen zu staatlichen Strukturen. Also ist die Tätigkeit dieser Organisationen nicht nachzuverfolgen und sind diese nicht aufzulösen; 3) der Staat hat niemanden, mit dem er (zusammen)arbeiten kann: ein Teil der Organisationen sind Phantome, ein anderer unversöhnliche Menschenrechtler, ein dritter ist von der Wirtschaft installiert, ein vierter ist ohne Registrierung tätig, ein fünfter vom Staat installiert.²

GONGOs und »ausländische Agenten«

Von 2007 bis 2011 trat der Staat in eine neue Phase seiner Beziehungen zu NGOs, die sich mit »Übernahme der Initiative« umschreiben lässt. Die staatlichen »Technologen« gründeten nun verstärkt Pseudo-NGOs, sogenannte GONGOs (Government-Organized/Operated Non-Governmental Organizations), um die Tätigkeit nichtkommerzieller Organisationen in für den Staat sensiblen Bereichen zu imitieren und die Tätigkeit der real arbeitenden NGOs zu »übernehmen«. Die Vertreter solcher Organisationen werden dann vom Staat in die bei den Behörden angesiedelten Gesellschaftsräte und Kommissionen berufen, die die Existenz einer Zivilgesellschaft illustrieren sollen, die das Regime unterstützt.

Ein Teil dieser Pseudo-NGOs ist ohne staatliche Registrierung tätig. Es wurden da absurde Organisationen geschaffen, die die Ideen des Staates in die Gesellschaft transportieren sollen, etwa die »Gewerkschaft der Bürger Russlands«. Die Haupttätigkeit solcher NGOs

2 Nepravitelstvennyje. Desjatiletije Wyshywanija <http://openinform.ru/fs/j_photos/openinform_174.pdf>

besteht in der Unterstützung der Regierung und in der Attackierung und Diskreditierung real arbeitender unabhängiger Organisationen. Für den nichtkommerziellen Sektor war das eine Phase des Überlebenskampfes. Es sollte allerdings noch schwieriger werden.

Seit Ende 2011 setzte eine neue Phase des Druckes auf den nichtkommerziellen Sektor ein, die man mit »Jagd auf ausländische Agenten« überschreiben könnte. Nachdem im Dezember 2011 eine Welle von Massenprotesten und spontanen Demonstrationen über das Land gezogen war, gingen die meisten Bürger in die Feiertage, während die Regierung nach den Gründen und den Organisatoren der Ereignisse suchte. Allem Anschein nach ist dabei die »einfache« Erklärung gefunden worden, dass diese Proteste aus dem Westen bezahlt worden seien. Da NGOs Gelder auch von westlichen Organisationen erhalten, wurde beschlossen, sie zu diskreditieren und ihre Tätigkeit einzuschränken.

Das neue NKO-Gesetz

Da das Regime sich jetzt das Bürgerengagement erklärt hatte, verabschiedete es ein Gesetz, das die Strafen für Rechtsverstöße bei Demonstrationen und Versammlungen verschärfte. Am 20. Juli 2012 wurden dann die Korrekturen zum NKO-Gesetz verabschiedet, die den Begriff der »nichtkommerziellen Organisationen, die die Funktion eines ausländischen Agenten erfüllen« einführen, und Organisationen, die eine Finanzierung aus dem Ausland erhalten, zwingen, sich als »ausländische Agenten« zu bezeichnen. Dieses neue Gesetz ist am 21. November 2012 in Kraft getreten. Nun sollen NGOs in Russland, die eine »politische Tätigkeit« auf dem Gebiet der Russischen Föderation betreiben, die sich also »an der Organisation und Durchführung von politischen Aktionen beteiligen, die die Entscheidungen staatlicher Organe oder die von diesen durchgeführte staatliche Politik beeinflussen sollen, oder an der Bildung der öffentlichen Meinung zu diesem Zwecke«, und die »Geldmittel oder anderes Vermögen von ausländischen Staaten, internationalen oder ausländischen Organisationen, ausländischen Staatsbürgern oder Personen ohne Staatsangehörigkeit erhalten«, den Status eines »ausländischen Agenten« bekommen. Eine Analyse der Gesetze in Russland fördert allerdings keine exakte normative Festlegung der Begriffe »politische Aktion« und »staatliche Politik« zu Tage, wodurch sich recht weite Grenzen für die Anwendung dieses Gesetzes ergeben, was wiederum dem Prinzip rechtlicher Bestimmtheit widerspricht.

Das Gesetz fasst unter politischer Tätigkeit nicht den realen politischen Kampf um die Macht und die Unterstützung dieses oder jenes Kandidaten, sondern praktisch jedwede Tätigkeit einer gesellschaftlichen Organisation. So wird – in der Version der Staatsan-

waltschaft – folgendes als politische Tätigkeit verstanden: Einsatz für die Wahrung der Rechte indigener Völker der Amur-Region, damit diese ihre traditionelle Lebensweise bewahren und einen angemessenen Nutzen aus dem Erhalt und der nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen in ihren Siedlungsgebieten ziehen können; Schaffung eines professionellen und den Steuerzahler nicht belastenden Staatsapparats; Verteidigung der eigenen Rechte, Vertretung der Interessen und berechtigten Ansprüche seiner Mitglieder sowie anderer Bürger gegenüber Organen staatlicher Macht, Organen der lokalen Selbstverwaltung und vor Gericht; Aufdeckung der Wahrheit über die Verbrechen totalitärer Regime und über terroristische Methoden der Gesellschaftsverwaltung; Vorbereitung eines Menschenrechtsberichts für die 49. Sitzung des Ausschusses gegen Folter der Vereinten Nationen mit dem Titel »Zigeuner, Migranten, Aktivisten: Opfer von Polizeiwillkür«; Beteiligung der Mitarbeiter der nichtkommerziellen Organisation an einer Beobachtung der Wahlen von 2011 usw.³ In dem Gesetz wird für die Aufnahme in das Register eine »Freiwilligkeit« festgelegt, unter Androhung einer Ordnungsstrafe von bis zu 500.000 Rubeln für die Organisation und von bis zu 300.000 Rubeln für deren Leiter; bei böswilliger Weigerung, sich als »ausländischer Agent« registrieren zu lassen, droht der Leitung der Organisation Strafverfolgung und bis zu zwei Jahren Freiheitsentzug. Für die Organisation bedeutet es die Aussetzung ihrer Tätigkeit.

Das Vorgehen gegen die NGOs

Der Verabschiedung dieser dem Bürgerengagement entgegenstehenden Gesetze folgte die willkürliche Anwendung. 2013 gab es massenhaft staatsanwaltschaftliche Überprüfungen von nichtkommerziellen Organisationen mit dem Ziel, unter diesen Organisationen »ausländische Agenten« aufzuspüren. Das geschah in vielen Regionen des Landes und betraf über eintausend NGOs, von denen einige Dutzend aus Sicht der Staatsanwaltschaft den Status eines »ausländischen Agenten« zuzuschreiben war. Das Justizministerium blieb ebenfalls nicht untätig, allerdings ging es – anders als die Staatsanwaltschaft – gegen nur zwei Organisationen vor, gegen die Assoziation GOLOS und die Regionale Organisation GOLOS. Daraufhin wurde den beiden Organisationen ihre Tätigkeit untersagt und ihnen und ihren Leitungen eine Strafe von 700.000 Rubel auferlegt. Zur Fortsetzung ihrer Tätigkeit waren die ehemaligen Mitarbeiter und Aktivisten daher genötigt, eine

3 55 naprawlenii i primerow dejatelnosti, prisnannyh prokuraturoj polititscheskimu; <http://slon.ru/russia/kak_vas_sdelayut_inostrannym_agentom-941531.xhtml>

neue Organisation zu bilden, allerdings ohne Bildung einer juristischen Person – die Bewegung zum Schutz der Wählerrechte GOLOS.

Das Regime erhielt eine konsolidierte Reaktion des nichtkommerziellen Sektors, die in einem Boykott des Gesetzes und der Weigerung bestand, sich freiwillig in das Register »ausländischer Agenten« aufnehmen zu lassen. Menschenrechtler bewerteten die Verabschiedung des Gesetzes als Versuch, unabhängige NGOs aus dem Weg zu räumen, da die Formulierungen des Gesetzes derart unkonkret seien, dass jede NGO, die eine Finanzierung aus dem Ausland erhält, als »ausländischer Agent« eingestuft werden kann – andernfalls müsste sie mit den im Gesetz vorgesehenen Sanktionen rechnen.

Im Februar 2013 wurde im Namen von elf Menschenrechts-NGOs wegen der Verabschiedung und des Inkrafttretens des Gesetzes über »ausländische Agenten« Beschwerde beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof eingelegt, in der auf eine Verletzung einer Reihe von Artikeln der Europäischen Menschenrechtskonvention verwiesen wird. Die Verhandlung dieser Beschwerde kann sich allerdings noch Jahre hinziehen.

Die Folgen des Gesetzes – eine Kampagne gegen »ausländische Agenten«

Viele Beobachter fragten sich, warum sich NGOs nicht einfach in das Register aufnehmen lassen und weiterarbeiten. Die Antwort ist einfach: Eine Arbeit wäre in diesem Falle untragbar, da die Tätigkeit einer solchen Organisation sich faktisch unter einem schwebendem Verbot befände. Eine Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen wäre ausgeschlossen. Alle Materialien, die von dieser NGO veröffentlicht würden, müssten mit dem Hinweis versehen werden, dass die Veröffentlichung ein Vorschlag durch einen »ausländischen Agenten« ist. Das Gesetzbuch über verwaltungsrechtliche Gesetzesverstöße legt Strafen von mehreren Tausend Rubel fest falls bei irgendeinem öffentlichen Auftritt der Hinweis fehlt, dass die Organisation den Status eines »ausländischen Agenten« hat. Hinzu kommen die Belastungen, die sich aus der vierteljährlichen Berichterstattung und den außerplanmäßigen Überprüfungen ergeben. Der Begriff »ausländischer Agent« ist zudem kein Zufall. Studien haben gezeigt, dass Formulierungen dieser Art im Bewusstsein der Menschen als negativ wahrgenommen werden; die überwiegende Mehrheit der russischsprachigen Befragten assoziiert »ausländischer Agent« mit »Spion« oder gar »Verräter«.

Dadurch bedeutet die in den Medien losgetretene Kampagne einer Brandmarkung als »ausländischer Agent« einen kolossalen Reputationsschaden für den gesamten Sektor und hat das Vertrauen in der Bevölkerung zu NGOs weiter zurückgehen lassen.

Unmittelbar nach dem Inkrafttreten des Gesetzes sind die Büros führender russischer Menschenrechtsorganisationen, der Internationalen Gesellschaft Memorial, der Moskauer Helsinki-Gruppe und der Bewegung »Für die Menschenrechte«, mit der Aufschrift besprüht worden: »Ein ausländischer Agent liebt die USA«. Außerdem fanden vor den Büros von Transparency International Russland, der Assoziation GOLOS, der »U.S. Russia Foundation for Economic Advancement and the Rule of Law« (USRF) und dem Justizministerium Russlands Protestversammlungen gegen »ausländische Agenten« statt. Eine Woche später wurde auf dem Dach des Gebäudes der Internationalen Gesellschaft Memorial von Unbekannten ein großes Transparent mit den Worten »Hier sitzt ein ausländischer Agent« angebracht. In Syktywkar haben Aktivisten der ultrarechten Organisation »Grenze des Nordens« Wohnungstüren von Menschenrechtlern mit großen Stickern beklebt, auf denen zu lesen war: »Hier wohnt ein »ausländischer Agent«.

Vom 19. bis zum 22. April 2013 hat das Lewada-Zentrum eine repräsentative Umfrage bei 1601 Bürgern Russlands durchgeführt. Die statistische Fehlerwahrscheinlichkeit solcher Umfragen liegt unter drei Prozent. Unter anderem wurde folgende Frage gestellt: »Gibt es Ihrer Ansicht nach unter den nichtkommerziellen Organisationen in Russland viele echte ausländische Agenten, die als Mittler für ausländische Staaten und deren Geheimdienste dienen?« [vgl. Grafik 1 auf S. 7]. 26 % der Befragten nannten einige Dutzend, 18 % nannten einige Tausend/Hundert, 12 % antworteten, dass es einzelne NGOs seien, und 4 % meinten, dass es solche überhaupt nicht gebe. 41 % antworteten mit »Schwer zu sagen.« Es wurde auch gefragt: »Finden Sie es richtig, dass NGOs, die politisch tätig sind, Gelder aus dem Ausland erhalten und sich gesetzeswidrig nicht als »ausländischer Agent« registrieren lassen, hart bestraft werden, bis hin zu ihrer Auflösung?« 53 % finden es gut, 20 % finden es nicht gut, und 28 % taten sich mit einer Antwort schwer [vgl. Grafik 2 auf S. 8].

Finanzierungsprobleme

Ein wichtiges Ereignis war im Oktober 2012 das faktische Verbot für eine Tätigkeit der US-amerikanischen Entwicklungshilfebehörde USAID in Russland. Eine große Zahl von Organisationen, die früher eine institutionelle Förderung erhielten, waren nun genötigt, eiligst eine Alternative zur jetzt verbotenen Förderung zu suchen. Die Risiken, die mit dem Erhalt von ausländischen Geldern verbunden sind, der Rückzug großer ausländischer Zuwendungsgeber und das Unsicherheits hinsichtlich der weiteren Politik des Staates gegenüber den Zuwendungsgebern insgesamt werden von den NGOs als äußerst wichtiger, negativer Faktor

gewertet, der sich nachhaltig auf ihre Existenzmöglichkeiten auswirkt. Innerhalb kurzer Zeit eine innerrussische Finanzierung durch die Bevölkerung zu finden, ist nur in kleinem Umfang möglich. Das gilt auch für die staatliche Förderung von NGOs, die die entstehenden Verluste nicht ausgleicht.

Auch wenn in den letzten Jahren die Finanzierung für NGOs aus Haushaltsmitteln formal zugenommen hat, und der Umfang der Fördermittel für NGOs, die aus dem Zentralhaushalt bestritten werden, im Jahr 2012 zwei Milliarden Rubel erreicht hat, erfolgt keine ernstzunehmende Steigerung der NGO-Förderung. Zu den Empfängern dieser Gelder gehören in erster Linie die landesweiten Invalidenverbände, Vereinigungen der Kunstschaffenden und Organisationen, die in den Bereichen soziale Sicherung und Gesundheit tätig sind. Sie erhalten die Mittel direkt über die jeweils zuständigen Ministerien, ohne eine Auswahl über Ausschreibungen. Es werden immer mehr Gelder zugeteilt; in der Praxis aber gehen sie Jahr für Jahr an die immer gleichen Organisationen. Von den über zwei Milliarden Rubel 2012 wurden gerade einmal 93 Millionen nach Ausschreibungen zugeteilt.⁴

Zudem zeigen die staatlichen Stellen bei der Zuteilung von Fördermitteln über Ausschreibungen fehlende Kompetenz zur effizienten Verteilung der Haushaltsmittel und zum Aufbau partnerschaftlicher Beziehungen zu den Organisationen des dritten Sektors. Die Prinzipien, nach denen russische Stiftungen Zuwendungen gewähren, sind den potentiellen Empfängerorganisationen nicht immer klar und intransparent.

Im Rahmen des Wettbewerbs um die Präsidenten-Grants wird die Finanzierung mit Hilfe einiger Verteilerorganisationen zugeteilt, wobei die NGOs von diesen keine reale Unterstützung erfahren. Sechs der zehn größten Verteiler dieser Fördermittel in den Jahren 2008–2013 waren aktuell oder früher Mitglieder der Gesellschaftskammer. Praktisch jedes Jahr werden die Ausschreiben von nahestehenden NGOs gewonnen, und die Zuwendungen an diese sind meist merklich größer als für andere Bewerber.⁵

Über den Autor:

Grigorij Melkonjanz ist Jurist und Ko-Vorsitzender der Bewegung zum Schutz der Wählerrechte »Golos«. Bis zur Aussetzung der Tätigkeit der Assoziation GOLOS war er deren stellvertretender Geschäftsführer sowie Chefredakteur der Zeitung »Grashdanskij golos« (»Bürgerstimme«). Seit 2003 arbeitet er an der Organisation von unabhängiger Wahlbeobachtung. Er ist aktives Mitglied der Menschenrechtsbewegung.

Lesetipps zum Thema Zivilgesellschaft in Russland finden Sie auf der nächsten Seite.

Die meisten russischen NGOs arbeiten noch immer unter den Bedingungen eines ständigen Ressourcenmangels. Der Staat und die Unternehmen in Russland sind nicht bereit, einen unabhängigen dritten Sektor zu finanzieren.

In der näheren Zukunft stehen einige wichtige Ereignisse an. Zum einen wird das Verfassungsgericht Anfang 2014 seine Entscheidung zur Frage verkünden, ob die Bestimmungen des Gesetzes über »ausländische Agenten« mit der Verfassung vereinbar sind; es könnte eine kosmetische Präzisierung der Formulierungen folgen. Als zweites dürften die Grundlagen für außerplanmäßige Überprüfungen aller NGOs gesetzlich ausgeweitet werden; zweifellos werden viele unabhängige Organisationen die Folgen hiervon zu spüren bekommen. Drittens ist die Verabschiedung eines neuen Zivilgesetzbuches in Planung, in dem nur zwei Arten von nicht-kommerziellen Organisationen verbleiben korporative und »unitäre«, was zu einer neuen Welle erzwungener Neuregistrierungen von NGOs führen könnte.

Zusammenfassend lässt sich mit Bestimmtheit sagen, dass durch die Situation, die über die letzten Jahre entstanden ist, ernstliche Behinderungen für führende regierungskritische NGOs bestehen und deren Arbeit in Russland weiter erschwert wird. Für die Zivilgesellschaft sind die letzten Jahre die schlechtesten in der neuesten Geschichte Russlands. Eine vom Staat unabhängige Aktivität zu entfalten wird nicht nur immer schwerer, sondern schlichtweg auch gefährlich. Angesichts des außergewöhnlichen Drucks und schrumpfenden Lebensraumes benötigen die russischen NGOs dringender denn je vielseitige Unterstützung.

Gleichzeitig bleibt die Schaffung eines günstigen Umfeldes, vor allem durch einen Wandel in der staatlichen Politik gegenüber dem dritten Sektor, eine Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Existenz der Organisationen.

Übersetzung: Hartmut Schröder

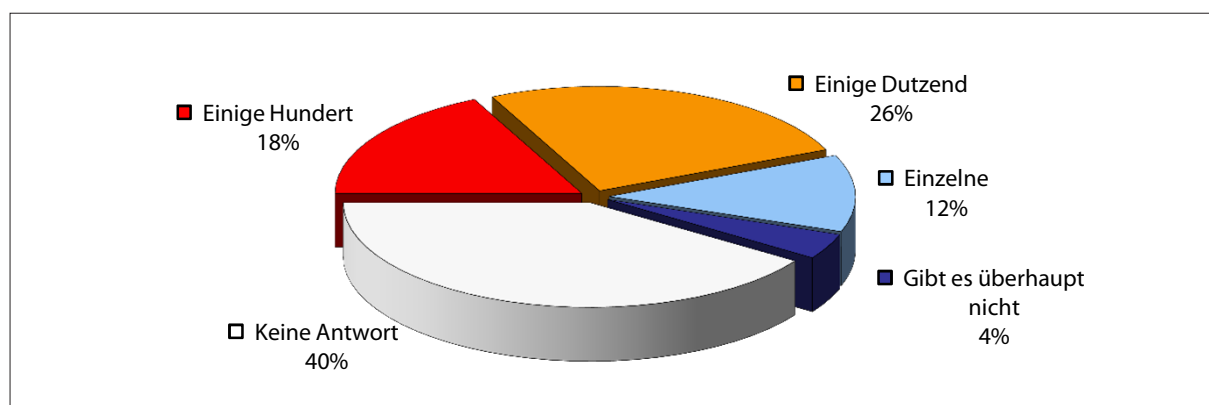
⁴ Raswitiye finansowo-ekonomitscheskoj ustojtschiwosti rossijskich NKO. <[http://www.asi.org.ru/ASI3/rws_asi.nsf/va_WebResources/Analit_finstabilNGO/\\$File/Analit_finstabilNGO.pdf](http://www.asi.org.ru/ASI3/rws_asi.nsf/va_WebResources/Analit_finstabilNGO/$File/Analit_finstabilNGO.pdf)>

⁵ Kto tratit dengi presidenta; <<http://www.vedomosti.ru/library/news/17429021/kto-tratit-dengi-prezidenta?full#cut>>

Lesetipps zum Thema Zivilgesellschaft in Russland

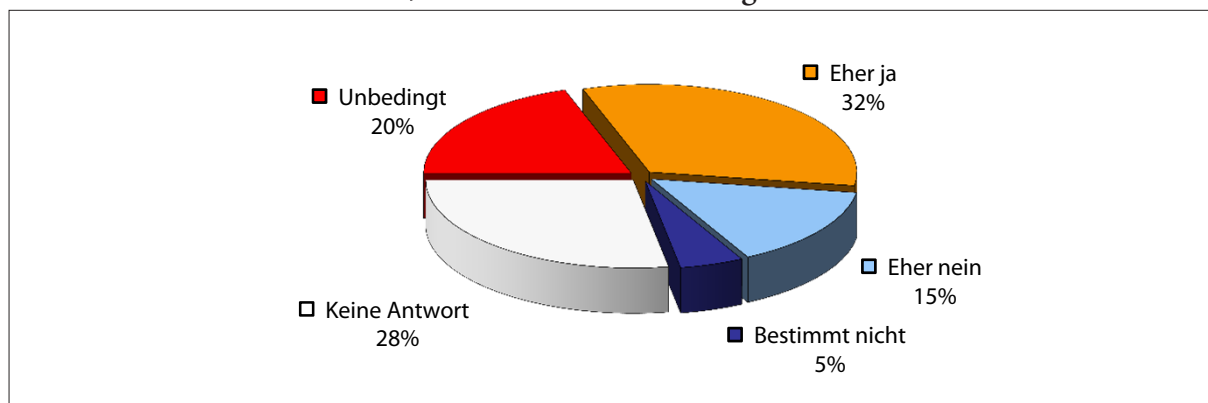
- Amnesty International (Hrsg.): Freedom under threat: The clampdown against freedoms of expression, assembly and association in Russia, London: Amnesty International Publications 2013 (= <<http://www.amnesty.org/en/library/asset/EUR46/011/2013/en/d9fb0335-c588-4ff9-b719-5ee1e75e8ff5/eur460112013en.pdf>>, 4. Mai 2013>), 58 S.
- Aron, Leon: A Quest for Democratic Citizenship: Agendas, Practices, and Ideals of Six Russian Grass-Roots Organizations and Movements. A Project of the American Enterprise Institute, September 2012 (= <<http://www.aei.org/files/2012/08/28/-a-quest-for-democratic-citizenship-agendas-practices-and-ideals-of-six-russian-grassroots-organizations-and-movements170653437332.pdf>>, 21. September 2012>), 45 S.
- Aron, Leon: Russia's Protesters: The People, Ideals, and Prospects. American Enterprise Institute for Public Policy Research. Russian Outlook, Summer 2012, September 2012 (= <<http://www.aei.org/files/2012/08/08/-russias-protesters-the-people-ideals-and-prospects152337456900.pdf>>, 21. September 2012>), 13 S.
- Ennker, Benno: Russland in Bewegung. Die alte Ordnung und die neuen Dekabristen, in: Osteuropa, 62.2012, Nr. 1, S. 41–55.
- Evans, Alfred B.; Henry, Laura A.; Sundstrom, Lisa McIntosh (Hrsg.): Russian Civil Society. A Critical Assessment, Armonk, N.Y. / London: M.E. Sharpe 2006, vii, 340 S.
- Evans, Alfred B.: jr.: Protests and civil society in Russia: The struggle for the Khimki Forest, in: Communist and Post-Communist Studies, 45.2012, Nr. 3–4, S. 233–242.
- Gabowitsch, Mischa [Gabovič, Michail]: Putin kaputt!?. Russlands neue Protestkultur, Berlin: Suhrkamp Verlag 2013 (= edition suhrkamp 2661), 438 S.
- Greene, Samuel A.: State and Society. Citizenship and the Social Contract in Post-Soviet Russia, in: Demokrati-zatsiya. The Journal of Post-Soviet Democratization, 20.2012, Nr. 2, S. 133–140.
- Koesel, Karrie J.; Bunce, Valerie J.: Putin, Popular Protests, and Political Trajectories in Russia: A Comparative Perspective, in: Post-Soviet Affairs, 28.2012, Nr. 4, S. 403–423.
- Lang, Susanne; Härtel, Alexandra; Bürsch, Michael: Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement in Russland, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Mittel- und Osteuropa, 2010, 24 S. (Studie Friedrich-Ebert-Stiftung. April 2010) <<http://library.fes.de/pdf-files/id/07173.pdf>>, 26. August 2011>
- Michaleva, Galina: Das politische Potential der Zivilgesellschaft in Russland während der Präsidentschaft von Wladimir Putin und Dmitri Medwedew. Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Arbeitspapiere und Materialien Nr. 116, November 2011, 63 S. <<http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/UserFiles/file/fsoAP116.pdf>>, 9. Februar 2012>
- Schiffer, Stefanie; Dzhibladze, Yuri: European Solidarity for Russia's Civil Society, 26.6. 2013 (= EU-Russia Civil Society Forum/Graždanskij forum ES Rossija. Policy Paper <<http://eu-russia-csf.org/fileadmin/PolicyPapers/Others/EuropeanSolidarityforRussiasCivilSociety26-1-1.06.pdf>>, 2. Juli 2013>), 6 S.

Grafik 1: Gibt es Ihrer Ansicht nach unter den nichtkommerziellen Organisationen in Russland viele echte ausländische Agenten, die als Mittler für ausländische Staaten und deren Geheimdienste dienen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. April 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 17. Mai 2013 unter: <<http://www.levada.ru/17-05-2013/obshchestvennoe-mnenie-ob-nko-s-inostrannym-finansirovanie>>

Grafik 2: Finden Sie es richtig, dass NGOs, die politisch tätig sind, Gelder aus dem Ausland erhalten und sich gesetzeswidrig nicht als »ausländischer Agent« registrieren lassen, hart bestraft werden, bis hin zu ihrer Auflösung?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. April 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 17. Mai 2013 unter: <http://www.levada.ru/17-05-2013/obshchestvennoe-mnenie-ob-nko-s-inostrannym-finansirovaniem>

ANALYSE

Wie die Gesetzgebung über »ausländische Agenten« die Zivilgesellschaft und die Sozialpolitik in Russland ändert

Jelena Belokurova, Anna Tarasenko, Sankt Petersburg

Zusammenfassung

Das Vorgehen gegen die NGOs in Russland wird meist als Reaktion des politischen Regimes auf die gesellschaftlichen Proteste und der Notwendigkeit erklärt, Souveränität und Unabhängigkeit des Landes zu schützen. Tatsächlich sind die NGOs in Russland keineswegs an den Protesten beteiligt, noch befassen sie sich mit außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Diese Politik reagiert auf nicht existierende Bedrohungen und führt dabei zu einer Revision der Beziehung zwischen Staat und NGOs, und darüber hinaus des Organisationsmodells der Sozialpolitik.

NGOs haben eine wichtige Funktion in der Gesellschaftspolitik. Sie stellen einen zusätzlichen Mechanismus zur Vertretung partikularer Interessen dar und übernehmen eine *Feed-Back*-Funktion. Außerdem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Ausarbeitung und der Umsetzung von Sozialpolitik. Die Reform des sowjetischen Modells staatlicher Sozialversorgung hatte zu einer Verlagerung von Pflichten auf die Bürger und einer stärkeren Einbeziehung der NGOs geführt. Die neue Fassung des NKO-Gesetzes folgt aber einer anderen Logik. Damit wird ein konservatives Modell gefördert, eine staatliche Variante des Korporatismus.

Das Gesetz über »ausländische Agenten« und die NGOs

Die Verabschiedung und Umsetzung der Gesetzgebung über »ausländische Agenten«, die seit 2012 die nichtkommerziellen Organisationen (NKO – im Text weiter NGOs) in Russland erschüttert, wird meist als Reaktion des politischen Regimes auf die gesellschaftlichen Proteste und die Mobilisierung der Bürger nach

den manipulierten Wahlen von 2011/12 erklärt. Diese Argumentation, die bis zu einer expliziten Furcht vor einer orangen oder andersfarbigen Revolution reicht, ist auch oft in Reden von Regimevertretern zu hören. Ein anderes Argument verweist auf die internationale Politik und erklärt diese Kampagne gegen eine ausländische Finanzierung für nichtkommerzielle Organisationen in Russland mit einem notwendigen Schutz der

Souveränität und Unabhängigkeit des Landes gegenüber ausländischem Einfluss.

Dabei orientieren sich die NGOs in Russland weder an dem einen, noch an dem anderen Ziel. Sie bereiten nicht nur keinerlei Revolution vor, sie nehmen überhaupt nur selten an Protesten teil. Die Demonstrationen und Versammlungen 2011/2012 wurden von ihnen weder organisiert, noch haben sie sich daran beteiligt. So ist dieses Thema auf dem alljährlichen Forum »Soziales Petersburg«, auf dem sich im Dezember 2011 Vertreter Petersburger NGOs versammelten, bei den Diskussionen kein einziges Mal angesprochen worden. Selbstverständlich sind viele Mitglieder von NGOs als Einzelpersonen zu den Demonstrationen gegangen, doch das vor allem als Bürger und nicht als Vertreter ihrer Organisationen. Symbole und Flaggen von NGOs sind auf den Versammlungen nur selten zu entdecken gewesen, und auch dann wurden sie von einzelnen Bürgern, und nicht durch Organisationen getragen.

Ebenso werden nur selten NGOs gegründet, die zu außenpolitischen Fragen arbeiten. Die Rolle der NGOs in der internationalen Politik ist recht schwach; und das gilt umso mehr für NGOs aus Russland. Der Umstand, dass sie zur Durchführung von sozialen, Umwelt- und Menschenrechtsprojekten eine Finanzierung aus dem Ausland erhalten, bedeutet keine Einschränkung der staatlichen Souveränität, wenn diese als »Eigenschaft des Staates« definiert wird, »auf dem eigenen Staatsgebiet und außerhalb von diesem, im internationalen Verkehr, selbständig und unabhängig von der Macht anderer Staaten seine Funktionen auszuüben« (Verfassungsrecht Russlands. Ein Lehrbuch für die Hochschule [russ.]; <<http://www.bibliotekar.ru/konstitucionnoe-pravo-4/24.htm>>). Die Fähigkeit der russischen Behörden und des Staates als Ganzes zur Erfüllung ihrer Funktionen wird durch die Tätigkeit einer NGO – auch wenn diese eine ausländische Finanzierung erhält – nicht eingeschränkt. Mehr noch: Beim Schutz der Rechte der Bürger des Landes tragen NGOs zu einer verbesserten Umsetzung staatlicher Politik im Rahmen der Verfassung der Russischen Föderation bei.

Unbeschadet der klaren Haltlosigkeit dieser Argumente ist nicht ausgeschlossen, dass diejenigen, die die derzeitige Politik gegenüber NGOs entworfen haben und sie umsetzen, an diese Argumente glauben; wie auch ein ziemlich großer Teil der Bevölkerung daran glaubt und diese Politik unterstützt. Das Problem ist, dass diese Politik weniger als Antwort auf nicht existierende Bedrohungen schädlich ist, denn als Revision des früher bestehenden Beziehungsmodells zwischen Staat und NGOs, und sogar des Organisationsmodells der Sozialpolitik. Das gefährdet die Lebensfähigkeit der NGOs sowie die Grundlagen, die sie zur Erfüllung ihrer Funktionen in der Zivilgesellschaft und in der Sozialpolitik benötigen.

Wir werden in diesem Beitrag aufzeigen, warum NGOs gebraucht werden, d. h. welche Funktionen NGOs in den Bereichen Zivilgesellschaft und Sozialpolitik ausüben, wie sich die Modelle dort derzeit in verschiedenen Ländern entwickeln. Auf dieser Grundlage können wir dann das Modell in Russland und dessen Entwicklung einordnen. Anschließend werden dann auch die Folgen angesprochen, die die Wende in der Politik gegenüber NGOs mit sich bringt – sowohl für die Zivilgesellschaft, als auch für die Sozialpolitik.

Wozu NGOs gebraucht werden: ihre Funktionen in der Zivilgesellschaft

Die Rolle der NGOs in der Zivilgesellschaft ist in der Politikwissenschaft eingehend beschrieben worden. Durch die Arbeit mit verschiedenen sozialen Gruppen können NGOs zwischen diesen und dem Staat eine Mittlerrolle übernehmen. Das ist ein zusätzlicher Mechanismus zur Vertretung partikularer Interessen vor dem Hintergrund der allgemeinen Vertretung der Gesamtinteressen über Wahlen. Darüber hinaus übernehmen sie eine *Feed-Back*-Funktion, indem sie dem Staat und der Gesellschaft Hinweise auf nicht gelöste oder nicht ausreichend gut gelöste Probleme geben.

Dieses Potential der NGOs ist auf die Vorstellung zurückzuführen, dass sie die Grundinstitutionen der Zivilgesellschaft darstellen, einer Gesellschaft, die dem Staat vorangeht und daher in der Lage ist, dessen Arbeit zu kontrollieren und zu korrigieren. Für die meisten Theorien zur Zivilgesellschaft ist die Rolle freier Zusammenschlüsse von Bürgern (die nicht immer, aber sehr oft in der Form von NGOs arbeiten) von prinzipieller Bedeutung. Sie vertreten die Interessen der verschiedenen sozialen Gruppen und lösen gesellschaftliche Probleme. Darüber hinaus ist heute belegt, dass sie nicht nur die Demokratieentwicklung fördern, sondern auch gute Regierungsführung, vor allem durch den Aufbau von Vertrauen in den verschiedenen *Communities*.

Dieses Verständnis von NGOs drückt sich in der Praxis dadurch aus, dass NGOs sowohl aus eigener Initiative, als auch auf Einladung von Staatsorganen der verschiedensten Ebenen in unterschiedlicher Form an der Vorbereitung politischer Entscheidungen mitwirken und Einfluss auf diese ausüben. Somit nehmen sie auf natürliche Weise an öffentlicher Politik teil.

Die Art und Weise, in der die Gesetzgebung über »ausländische Agenten« in der Praxis rechtlich umgesetzt wird, bedeutet eine Revision dieser Vorstellung und eine »Entpolitisierung« der NGOs. Dieser Prozess ist auf die Definition von »politischer Tätigkeit« zurückzuführen, die erstmals juristisch in der Gesetzgebung Russlands eingeführt wurde. Hierunter wird die Beteiligung »an der Organisation und Durchführung von politischen

Aktionen« verstanden, »die die Entscheidungen staatlicher Organe oder die von diesen durchgeführte staatliche Politik beeinflussen sollen, oder an der Bildung der öffentlichen Meinung zu diesem Zwecke« Diese weitgefasste Definition wird durch Beschlüsse der Staatsanwaltschaft untermauert, die zu den Ergebnissen der Überprüfungen von NGOs eine Vielzahl von »Anweisungen« und »Verwarnungen« formuliert hat. In ihnen werden unter dem Begriff »politische Tätigkeit« über 50 Arten der Betätigung gefasst, die mit der öffentlichen Arbeit von NGOs und deren Vertretern zusammenhängen. So wurden beispielsweise folgende Aspekte zur politischen Tätigkeit gerechnet: »Durchführungen von Aktionen zum Schutz der Umwelt, Auftritte auf Konferenzen und Forderungen an Behördenvertreter« (Ökologische Baikalwelle, Irkutsk), »Förderung der Entwicklung der Zivilgesellschaft in Russland und Festigung der demokratischen Prinzipien im Leben der russischen Gesellschaft« (Institut zur Entwicklung der Presse – Sibirien, Nowosibirsk), »Expertisen zur Gesetzgebung, Veröffentlichung eines Sammelbandes von Studien« (Zentrum für Sozialpolitik und Genderforschung, Saratow) etc.

Das Problem liegt jedoch nicht in dieser Interpretation. Es besteht vielmehr darin, dass die neue Gesetzgebung bei einer ausländischen Finanzierung von irgendeinem Umfang zu Gunsten irgendeines Projektes die GESAMTE öffentliche Tätigkeit der NGO und ihrer Vertreter als im Interesse »ausländischer Staaten« stehend annimmt. In dieser Situation argumentieren NGOs im Falle einer ausländischen Finanzierung – um nicht als »ausländische Agenten« eingestuft zu werden – nun öffentlich und vor Gericht, dass sie keine »politische Tätigkeit« betrieben. Das würde ihnen die seit 2001 in der Gesetzgebung Russlands bestehende juristische Unterscheidung »politischen Parteien« erlauben, der zufolge diese auf die Teilnahme an Wahlen ausgerichtet sind, und von der Kategorie nichtpolitischer gesellschaftlicher Organisationen abzugrenzen sind. Dadurch hat sich in der Praxis und im Bewusstsein vieler NGOs ein solches, »enges« Verständnis von »Politik« niedergeschlagen, von Politik, an der sie sich nicht beteiligen.

»Politische Tätigkeit« wird aber nun weiter gefasst, und die NGOs sind genötigt, ihre Beteiligung an ihr abzustreiten. Die »Beeinflussung der staatlichen Politik« ist nun aber gerade jene Funktion, die eine NGO in der Zivilgesellschaft erfüllen soll. Eine Leugnung führt zu einer diskursiven und praktischen Abwertung dieser Funktion der NGOs, ja zu einem Verzicht darauf. Es bedeutet praktisch, dass die Vertretung der Interessen unterschiedlicher sozialer Gruppen und die Gewährleistung eines *Feed-Back* nicht mehr als unabdingbare und naturgemäße Funktion von NGOs angesehen werden, die zweifellos ein Teil von »politischer Tätigkeit« ist.

Diese Leugnung und Abwertung von NGOs ist höchst gefährlich, da sie zu einer Verengung des öffentlichen Raumes führt und das Recht auf eine Beteiligung dort nur Parteien und Politikern während der Wahlen zubilligt wird, es also zu einer »Entpolitisierung« des öffentlichen Raumes kommt. Bislang geschieht das nur auf der diskursiven Ebene. Falls jedoch die Verfolgung der NGOs wegen ihrer politischen Tätigkeit fortgeführt wird, könnte es Realität werden.

Wozu NGOs gebraucht werden: ihre Funktionen in der Sozialpolitik

Die zweite wichtige Funktion der NGOs ist ihre Beteiligung bei der Ausarbeitung und auch bei der Umsetzung der Sozialpolitik. Der Sozialstaatstheorie zufolge sind nicht nur staatliche Organe Produzenten des Gemeinwohls (darunter sozialer Dienstleistungen), sondern auch der Markt, die Familie, Zusammenschlüsse von Bürgern, also NGOs. Dabei wird die Rolle der NGOs in letzter Zeit immer deutlicher spürbar: Durch die Entwicklung der Dienstleistungswirtschaft und eine Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme hat das Know-How und die Zahlenstärke des NGO-Sektors in den meisten Ländern Westeuropas beträchtlich zugenommen, wenn auch unterschiedlich stark.

Heute werden drei Grundmodelle des Sozialstaates unterschieden, die über die Aufgaben und Beziehungen definiert werden, die im Bereich der Sozialpolitik zwischen Staat, Markt und gesellschaftlichen Institutionen (vor allem Familie und NGOs) bestehen: ein liberales, sozialdemokratisches und ein konservatives. Um zu verstehen, wie sich die veränderte Lage der NGOs in Russland auf das Sozialsystem des Landes auswirkt, müssen die NGOs genauer betrachtet und das russische Modell sowie seine gegenwärtige Transformation beschrieben werden.

Für das *liberale Modell* (in den angelsächsischen Ländern) ist eine minimale Gewährung sozialer Garantien durch den Staat kennzeichnend, sowie die erhebliche Rolle von Investitionen der Bürger in diesen Bereich (obligatorische Krankenversicherung in den USA, Entwicklung der Wohlfahrtsinstrumente in Großbritannien). Bei diesem Modell ist die Rolle der NGOs groß: Sie sind die wichtigsten Anbieter sozialer Leistungen, suchen nach Finanzierungsmöglichkeiten und mobilisieren gesellschaftliche Ressourcen zur Lösung sozialer Probleme. Mit steuerlichen, gesetzlichen und ideologischen Instrumenten schafft der Staat günstige Entwicklungsbedingungen für NGOs, private Stiftungen und die Einbeziehung der Bürger und ihrer Ressourcen in die Arbeit der NGOs.

Das *konservative neokorporatistische Modell* (Kontinentaleuropa) sieht eine Aufteilung der Zuständigkei-

ten vor – zwischen dem Staat, der die Sozialprogramme und Projekte finanziert, und dem Non-Profit-Sektor, der sie umsetzt. Hier ist die Rolle der NGOs ebenfalls groß, doch besteht das Besondere darin, dass sie hauptsächlich mit Hilfe staatlicher Finanzierung und Förderung existieren. Schlüsselement dieses Modells sind die starken Strukturen der Selbstverwaltung bei den NGOs, die sie davor bewahren, gegenüber dem Staat in eine Abhängigkeitssituation zu geraten, selbst wenn ein beträchtlicher Anteil staatlicher Finanzierung besteht.

Beim *sozialdemokratischen Modell* (skandinavische Länder) finanziert der Staat nicht nur die Sozialprogramme, sondern setzt sie auch um, wobei einem nicht besonders großen Non-Profit-Sektor die Rolle des »Feed-Back-Providers« zukommt. Das bedeutet, dass die Funktionen der NGOs vor allem darin bestehen, die Interessen der verschiedenen Gruppen der Zivilgesellschaft zu vertreten, während die Sozialpolitik hauptsächlich durch den Staat mit Hilfe staatlicher und kommunaler Einrichtungen umgesetzt wird.

Die in den sozialistischen Ländern betriebene staatliche Sozialpolitik wird bisweilen als Sondermodell bezeichnet: Sie wird von staatlichen Einrichtungen umgesetzt, wobei NGOs nur eine schaustellerische Rolle innehatten, mit Ausnahme einiger Mittler zwischen Staat und besonderen sozialen Gruppen.

NGOs können somit unterschiedliche Rollen in der Sozialpolitik ausfüllen; von besonderer Bedeutung sind sie jedoch für die Sozialpolitik in kapitalistischen Staaten. Daher haben diese Modelle wegen der in den vergangenen zwei Jahrzehnten erfolgten allgemeinen globalen Liberalisierung der Wirtschaft allesamt die neoliberale Tendenzen zu spüren bekommen. Unter anderem macht sich das in einer Kürzung der staatlichen Sozialausgaben bemerkbar, sowie in einem Ausbau von Umsetzungsmechanismen für Sozialprogramme, die auf NGOs und den Markt setzen. Diese Prozesse lösen empfindliche Reaktionen aus, beispielsweise in Deutschland, wo die Bevölkerung und die NGOs nicht sonderlich zu einer Kürzung der staatlichen Ausgaben und zu eigenem Engagement bei der Suche nach Ressourcen bereit scheinen.

Russland ist in dieser Transformationswelle keine Ausnahme. Auch hier waren viele Sozialreformen des letzten Jahrzehnts auf ein liberalisiertes Modell seiner Sozialpolitik ausgerichtet.

Umbau des Sozialstaatsmodells in Russland

Die russischen Reformen Anfang der 2000er Jahre hatten – wie auch die Verwaltungsreform, die Umwandlung der Vergünstigungen in Geldleistungen, die Reformen des Rentensystems und im Haushaltsbereich – das Ziel, die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialpolitik zu

revidieren und eine Neuverteilung der Aufgaben zwischen Staat, Markt und Gesellschaft vorzunehmen. Einerseits waren diese Reformen auf eine veränderte Rolle des Staates ausgerichtet, weg von der Position eines Monopolisten bei der Bereitstellung sozialer Leistungen hin zu der eines Moderators der Mechanismen von Markt und Gesellschaft. Andererseits sollten sie eine stärkere Rolle der Bürger als Käufer von Dienstleistungen mit sich bringen, wie auch zu einem Ausbau ihrer sozialen Aufgaben mittels Freiwilligen- und karitativer Arbeit in NGOs führen.

Im Rahmen dieser Reformen ist in Bezug auf NGOs in den letzten Jahren eine Reihe von Gesetzen über NGOs im Sozialbereich verabschiedet worden, die eine besondere Förderung durch den Staat erhalten. Diese Entwicklung erfolgte parallel zu den Reformen im Haushaltsbereich (die eine Umformatierung ehemaliger staatlicher Einrichtung in nichtkommerzielle Organisationen (NKO/NGOs) und eine Verringerung der staatlichen Finanzierung bei jenen Leistungen ermöglichen, die nicht zur Grundversorgung gehören). Die Rechnung besteht hier darin, einen Teil der der sozialen Verpflichtungen nicht nur dem Markt zu übertragen, sondern auch den NGOs. So sind Anfang 2012 in St. Petersburg im Rahmen der Reformen 31 staatliche Einrichtungen umgewandelt worden. Gleichzeitig sind Ausschreibungen für NGOs aus dem Sozialbereich vorangetrieben worden. Staatliche Aufträge an Kleinunternehmen und NGOs nehmen zu (15 % der staatlichen Aufträge). Auch sind geringe steuerliche Vergünstigungen für karitative Arbeit eingeführt worden.

Durch die Umsetzung der Gesetzgebung zu NGOs, die im Sozialbereich arbeiten, und durch die Reformen im Haushaltsbereich versucht die Regierung, das aus sowjetischer Zeit geerbte System einer rundum staatlichen Sozialversorgung zu verändern. Indem ein Teil der Pflichten den Bürgern aufgebürdet wird (Förderung der Wohltätigkeit, individuelle Sozialversicherung, Wohnungseigentümergeinschaften etc.), die Monopolrolle des Staates bei der Sozialversorgung verringert wird, und NGOs mit einbezogen werden, bieten die Behörden nicht mehr nur Leistungen, sondern moderieren die Politik. Sie regulieren den Markt der sozialen Dienstleistungen, führen Ausschreibungen zur Umsetzung sozialer Projekte durch usw. Somit wird das staatliche Sozialstaatsmodell in ein liberales transformiert.

Die neue Gesetzgebung über NGOs als »ausländische Agenten« wird allerdings in einer gänzlich anderen Logik umgesetzt, wodurch sich auch die Ausrichtung der Transformation hin zu einem liberalen Modell ändert. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Überprüfungen und dann Gerichtsverfahren gegen eine Reihe von NGOs in den Augen von Gesellschaft, Unternehmen und Behörden zu einem ernstlichen Ansehensverlust für den gesamten Sektor geführt haben – und somit zu einer

Schwächung der organisatorischen und finanziellen Stabilität von NGOs. Viele der erfahrensten und professionellsten NGOs werden genötigt sein, ihre Organisation zu schließen, oder sie haben bereits ihre Arbeit eingestellt oder eingeschränkt. Dadurch verringern die Aufsichts- und Sicherheitsbehörden die Entwicklungsmöglichkeiten jener, die das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung bereits als »Assistenten« des Staates bei der Umsetzung von Sozialprogrammen ausgemacht hatte.

Das bedeutet, dass die vorherige »Gesellschaftsvertrag« zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Russland in Bezug auf das sozialpolitische Modell revidiert wird. Auch wenn die Konturen eines neuen Vertrages noch nicht sonderlich klar sind, lässt sich eine Entwicklung in dieser Richtung ausmachen.

Die Wendung erfolgt wohl eher in Richtung eines konservativen Modells, der staatlichen Variante des Korporatismus. Parallel zur Politik einer Unterdrückung von NGOs mit ausländischer Finanzierung und kritischer Haltung zum derzeitigen Regime wird die staatliche Förderung von NGOs im sozialen Bereich ausgebaut. Die Finanzierung von Präsidenten-*Grants*, von föderalen und regionalen Programmen sowie der Aufbau von eigenen staatsnahen analogen Menschenrechts-, Umwelt-, Jugend- und anderen NGOs wird verstärkt, ebenso die Unterstützung für Organisationen, die traditionellen Werten anhängen. Gesondert zu erwähnen ist das Projekt einer Stärkung der »Volksfront«, in der Bürger mit Initiative zusammengeschlossen sind, und die vom Präsidenten unterstützt wird. Die Förderung von NGOs, die ihre Loyalität zum Regime bewiesen haben, erfolgt nicht nur über die Zuteilung von Finanzmitteln, sondern auch über eine ideologische, administrative und politische Unterstützung durch staatliche Stellen. Hinzu kommt eine informelle Förderung von Unternehmen, die die Arbeit solcher NGOs unterstützen.

Die gleichzeitige Schwächung oder gar Vernichtung kritisch eingestellter, erfahrener NGOs und die Förderung loyaler und vom Staat abhängiger NGOs könnte dazu führen, dass ein keineswegs liberales, sondern eher korporatistisches Modell entsteht. Da eine eigene und starke Selbstverwaltungsstruktur der NGOs fehlt und in der nächsten Zeit auch wohl kaum schnell entstehen dürfte, wird das russische Modell sich nicht dem europäischen Neokorporatismus annähern, sondern eher dem eines staatlichen Korporatismus. Das sieht eine starke Rolle des Staates vor, der jene förderungswürdigen NGOs festlegt, die dann an der Umsetzung der Sozialpolitik teilnehmen und über ein Monopol bei der Vertretung sozialer Interessen verfügen; dafür werden sie vom Staat unterstützt und ihre Tätigkeit eingehend kontrolliert. Organisationen, die diese »Spielregeln« nicht akzeptieren, bleiben bei der Umsetzung der Sozialpo-

litik außen vor. Ein solches sozialpolitisches Modell ist vor allem für autoritäre Regime typisch, da es auf eine einheitliche Pyramide von NGOs angelegt ist, die unter der Kontrolle des Staates steht und die kein System alternativer Strukturen vorsieht.

Für einen ernsthaften Aufbau eines staatlich-korporatistischen Modells der Sozialpolitik sind allerdings erhebliche organisatorische und verwaltungstechnische Anstrengungen nötig, zu denen die derzeitige Zentralregierung wohl kaum bereit sein wird. Darüber hinaus bestehen innerhalb der Regierung unterschiedliche Ansichten, welches Modell von einer modernen russischen Gesellschaft benötigt wird. Die weltweit zu beobachtenden neoliberalen Tendenzen dürften zusätzlich die Möglichkeiten für den Aufbau eines umfassenden und effizienten korporatistischen Modells einschränken. Die Ausrichtung auf staatlichen Korporatismus bremst jedenfalls die Bewegung hin einem liberalen Modell. Bei einer Kürzung der Ausgaben für den sozialen Bereich werden im einen wie im anderen Falle die sozialen Probleme weniger wirksam gelöst werden können.

Fassen wir die Ergebnisse unserer Beobachtungen zusammen, muss erneut betont werden, dass bei der Verabschiedung und Umsetzung der Gesetzgebung über »ausländische Agenten« zwei Logiken kollidierten. Die Erfüllung der natürlichen Funktionen von NGOs bei der Vertretung der Interessen der Zivilgesellschaft sowie in der Sozialpolitik, die von einem Teil des Staatsapparates insgesamt unterstützt und als notwendig erachtet wurde, hat durch das Vorgehen des Parlaments und anschließend der Aufsichts- und Sicherheitsbehörden Schaden genommen. Deren Logik von Kontrolle und Verbot behindert nicht nur die NGOs selbst und deren Mitarbeiter. Wenn wir an die Rolle von NGOs in der Gesellschaft erinnern, wird deutlich, dass dieser Schlag den gesamten öffentlichen Bereich getroffen hat, der nun ausschließlich professionellen Politikern überlassen wird. Getroffen wird auch die Sozialpolitik, die sich durch den Ausschluss von Alternativen weniger frei und effizient gestaltet.

Eine Kritik von verschiedener Seite an dieser Politik sowie eine Erörterung der Varianten, in denen sie zu ändern wäre, sollten die hier beschriebenen negativen Folgen zu einem gewissen Teil mildern. Falls es tatsächlich dazu kommen sollte, wäre das ein Beleg, dass die NGOs in einem sehr viel höheren Grade in der Gesellschaft Russlands verwurzelt sind und ihre natürliche Funktion dort ausüben, als die Autoren der Gesetzgebung über »ausländische Agenten« dachten. Das würde bedeuten, dass die Frage der Rolle der NGOs noch offen ist.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Informationen über die Autorinnen und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorinnen

Jelena Belokurova, Dr. rer. pol, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Zentrum Europäischer Studien der Europäischen Universität in Sankt Petersburg.

Anna Tarasenko, Dr. rer.pol., ist Dozentin an der Abteilung für Angewandte Politologie (Sankt Petersburg) der Higher School of Economics

Lesetipps

- Belokurova, Elena: Civil Society Discourses in Russia: The Influence of the European Union and the Role of EU-Russia Cooperation, in: Journal of European Integration, Vol. 32, 2010, issue 5, p. 457–474.
- Belokurova, Elena: NGOs and Politics in Russian Regions, in: Vladimir Gel'man, Cameron Ross (eds.) The Politics of Sub-National Authoritarianism in Russia, Ashgate 2010, p. 107–122.

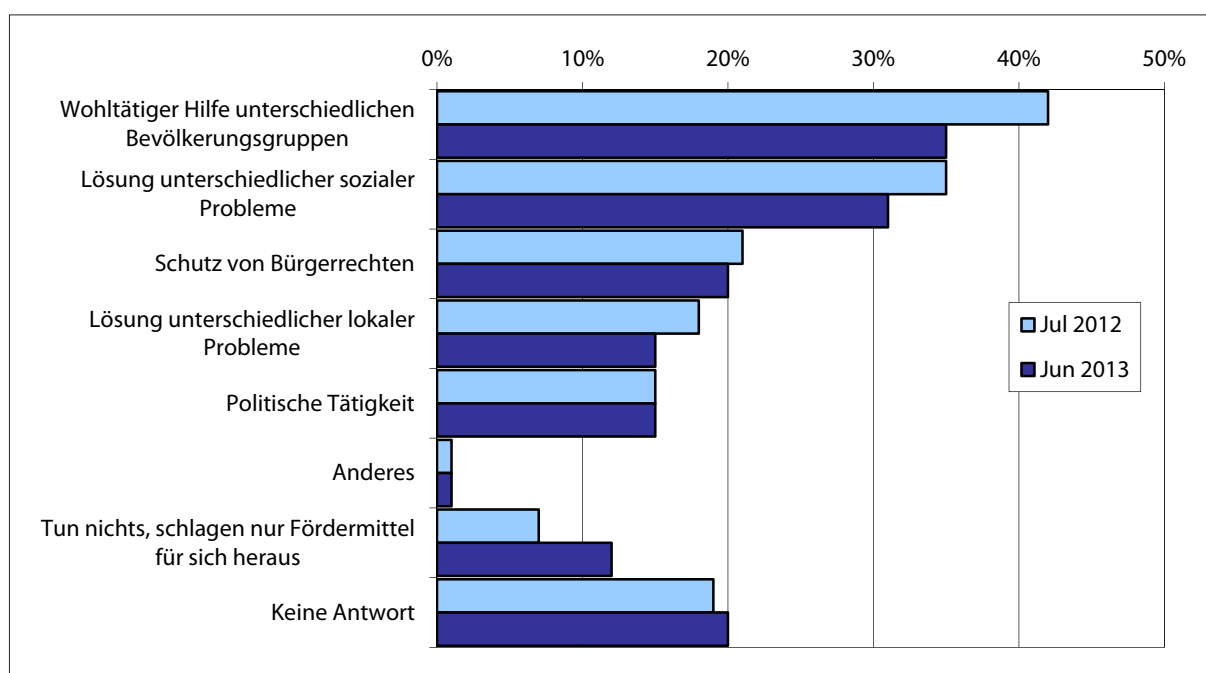
UMFRAGE

Russen über »nichtkommerzielle Organisationen«

Als »nichtkommerzielle Organisationen« werden im russischen Gesetz Strukturen bezeichnet, die keinen gewerblichen Zweck verfolgen und den erhaltenen Gewinn nicht unter den Gesellschaftern verteilen. Eine nicht-kommerzielle Organisation gilt als juristische Person und bedarf der staatlichen Registrierung. Russische NGOs (Nichtregierungsorganisationen) fallen unter dieses Gesetz.

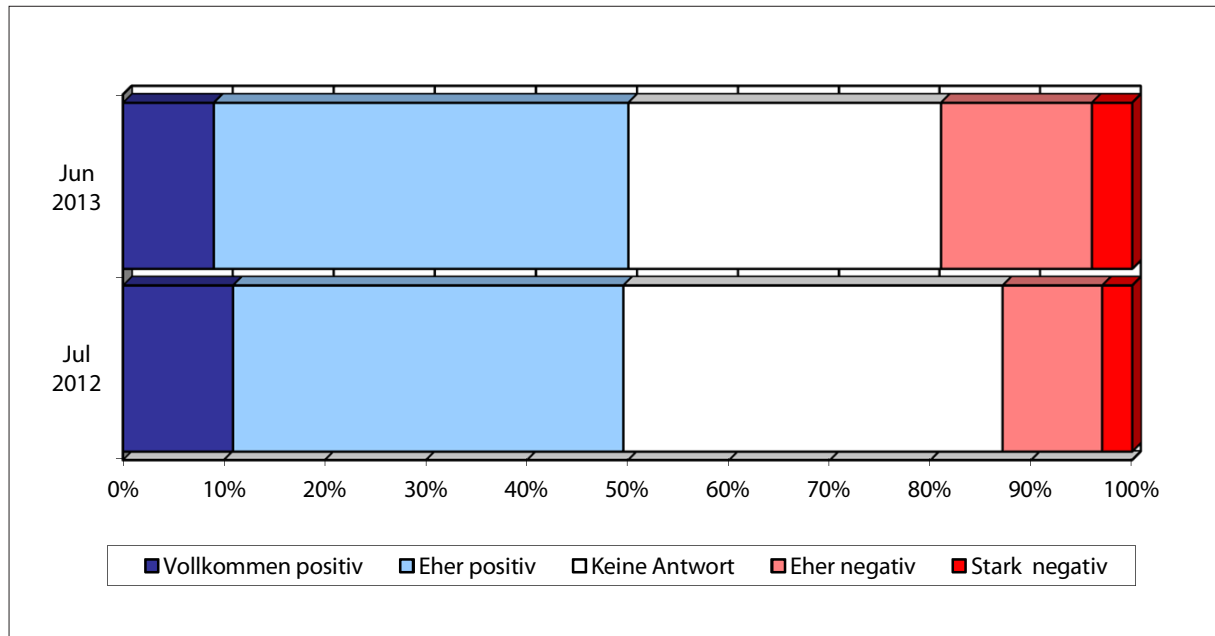
NKO in Umfragen des Lewada-Zentrums

Grafik 3: Mit welchen Aufgaben beschäftigen sich nichtkommerzielle Organisationen in Russland?



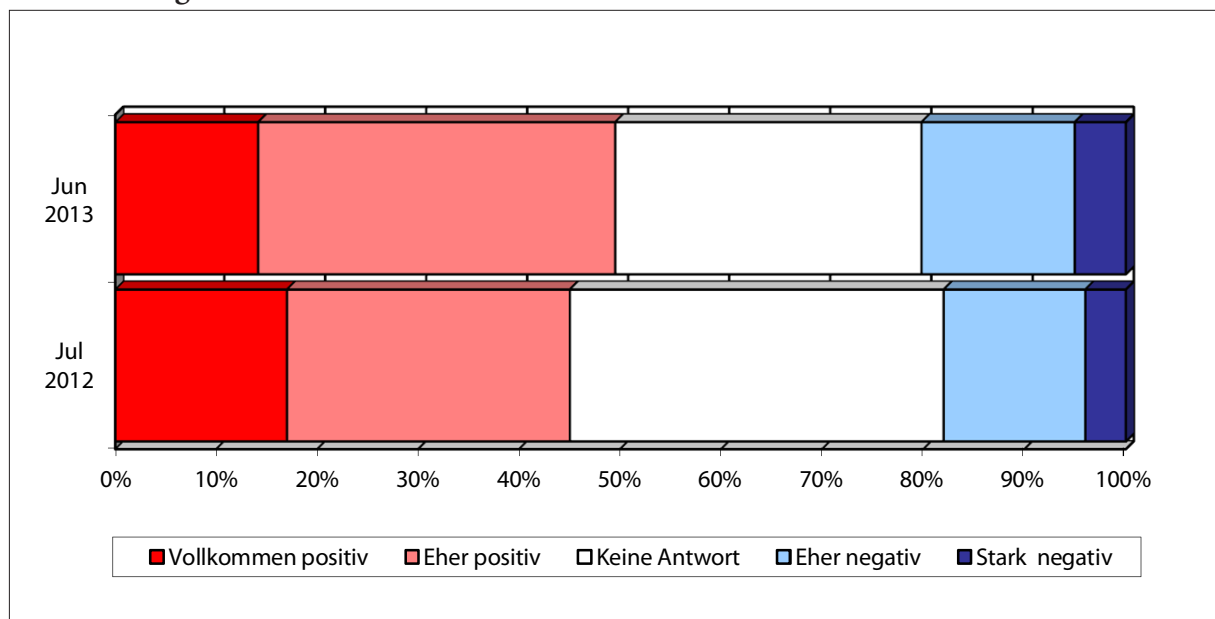
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–24. Juni 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 11. Juli 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/11-07-2013/otnoshenie-k-nko>

Grafik 4: Wie bewerten Sie die Tätigkeit von nichtkommerziellen Organisationen in Russland?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–24. Juni 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 11. Juli 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/11-07-2013/otnoshenie-k-nko>

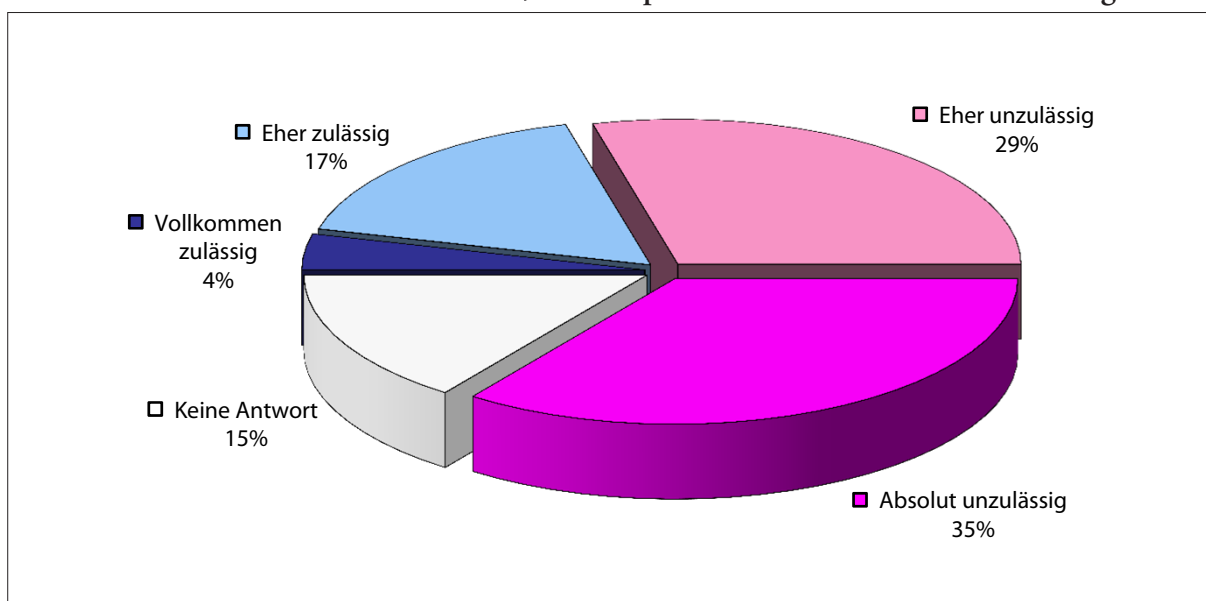
Grafik 5: Wie bewerten Sie das Gesetz zu nichtkommerziellen Organisationen, wonach sich diejenigen, die Unterstützung aus dem Ausland erhalten, als »ausländische Agenten« registrieren müssen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–24. Juni 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 11. Juli 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/11-07-2013/otnoshenie-k-nko>

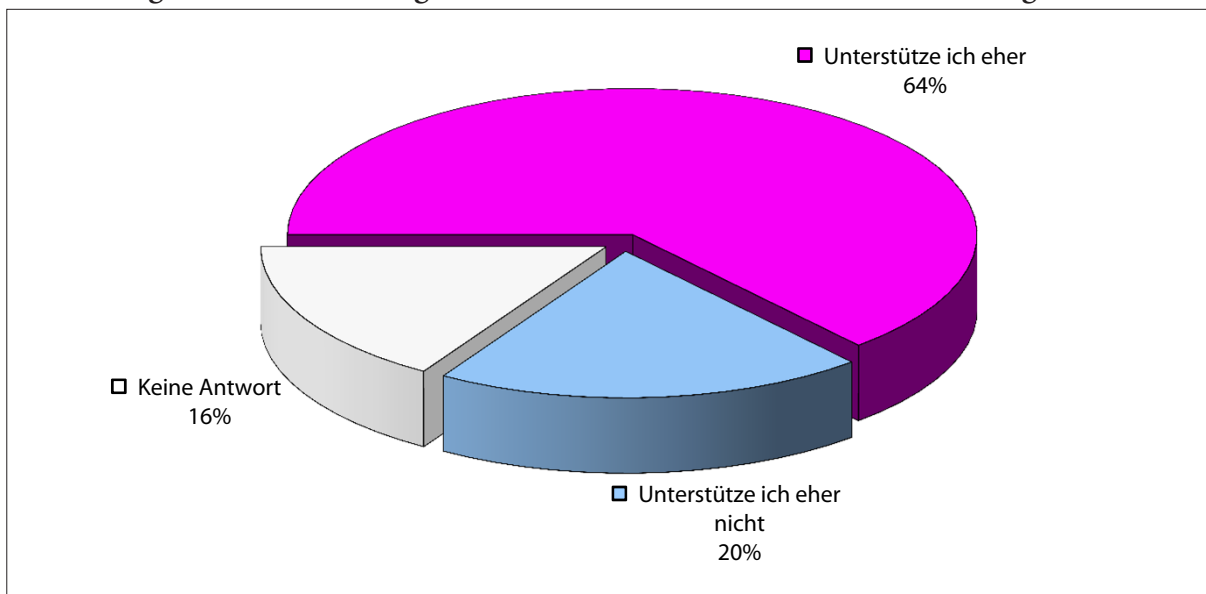
Ausländische Gelder für russische NKO – die WZIOM-Umfrage

Grafik 6: Ist es Ihrer Meinung nach zulässig, dass nichtkommerzielle Organisationen, die Gelder aus dem Ausland erhalten, sich am politischen Leben des Landes beteiligen?



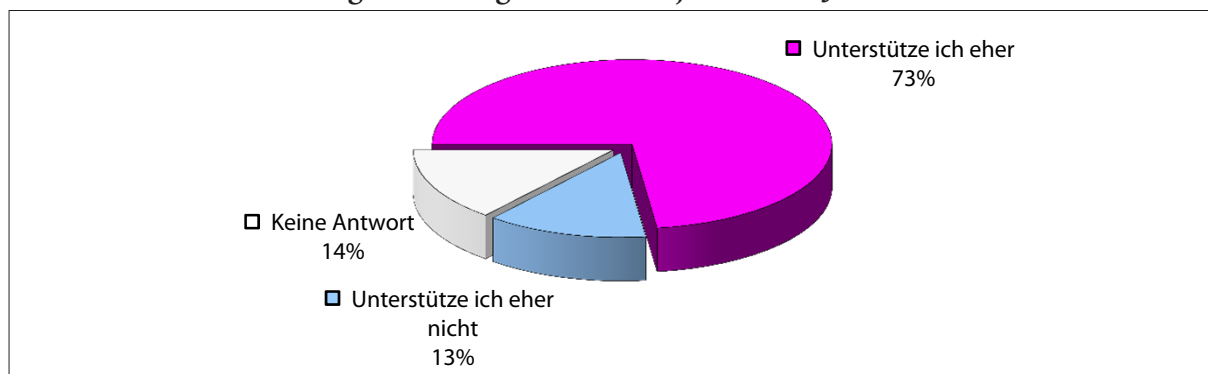
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 14.–15. Juli 2012, N =1600. Veröffentlicht am 18. Juli 2012 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112925>.

Grafik 7: Die Registrierung aller nichtkommerzieller Organisationen, die sich politisch betätigen und Finanzierung aus dem Ausland erhalten, als »ausländische Agenten« ...



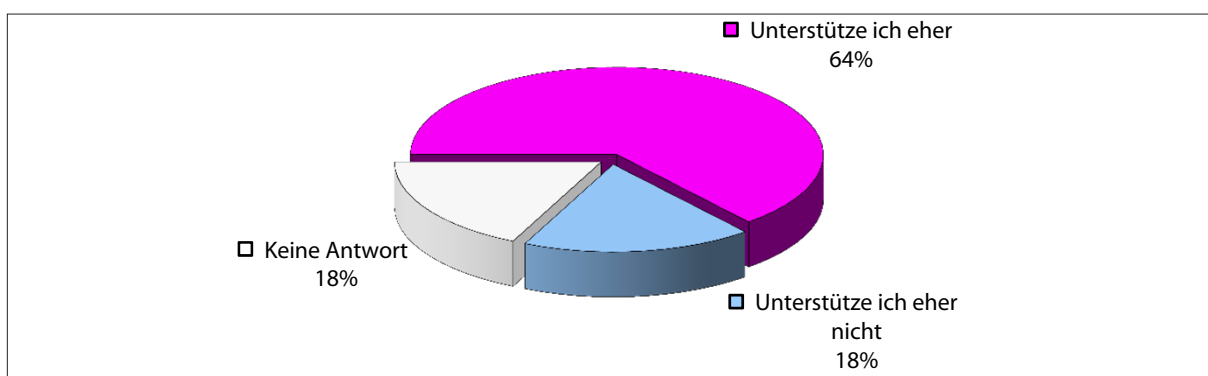
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 14.–15. Juli 2012, N =1600. Veröffentlicht am 18. Juli 2012 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112925>.

Grafik 8: Gründlichere Finanzüberprüfungen: verpflichtende jährliche Wirtschaftsprüfungen, Veröffentlichung eines Tätigkeitsberichts jedes halbe Jahr usw. ...



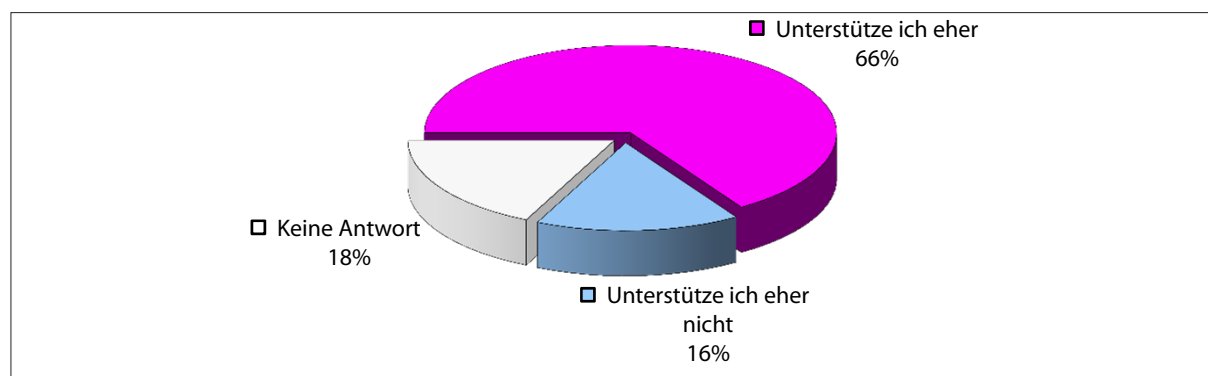
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 14.–15. Juli 2012, N=1600. Veröffentlicht am 18. Juli 2012 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112925>.

Grafik 9: Die Einführung einer Strafe von bis zu 1 Mio. Rubel (ca. € 23.000) für einen verspäteten, verweigten oder nicht vollständigen, gesetzlich definierten Tätigkeitsbericht an die staatlichen Behörde ...



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 14.–15. Juli 2012, N=1600. Veröffentlicht am 18. Juli 2012 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112925>.

Grafik 10: Informationen, die von solchen Organisationen verbreitet werden, müssen mit einer Mitteilung versehen sein, dass diese von einem »ausländischen Agenten« vorbereitet und bezahlt wurden ...



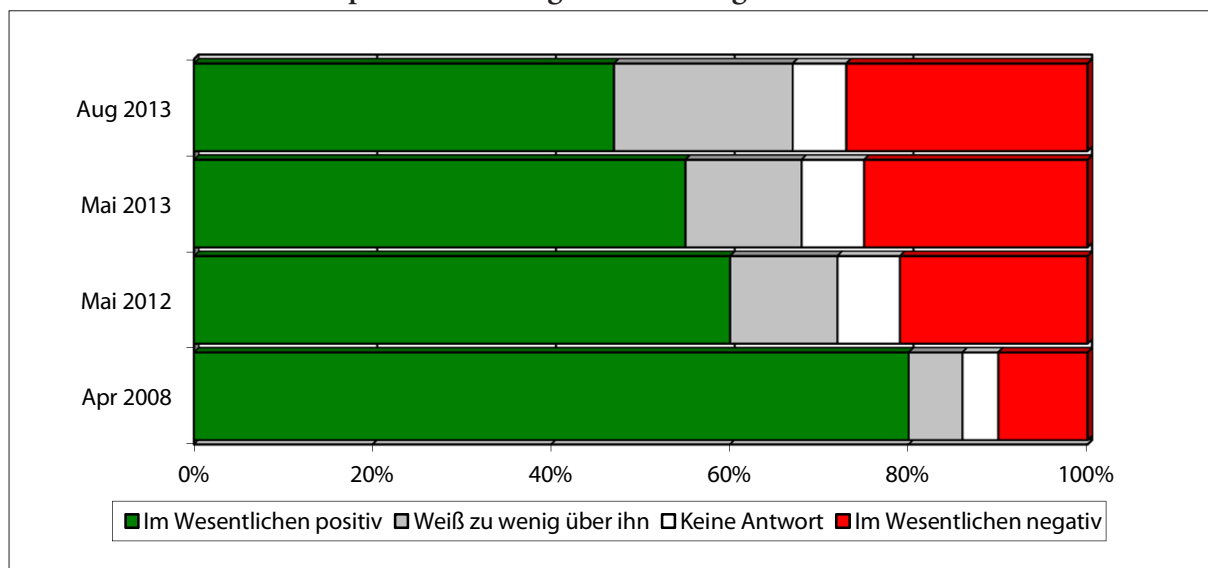
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 14.–15. Juli 2012, N=1600. Veröffentlicht am 18. Juli 2012 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112925>.

UMFRAGE

Putin in aktuellen Umfragen

Umfragen des Lewada-Zentrums

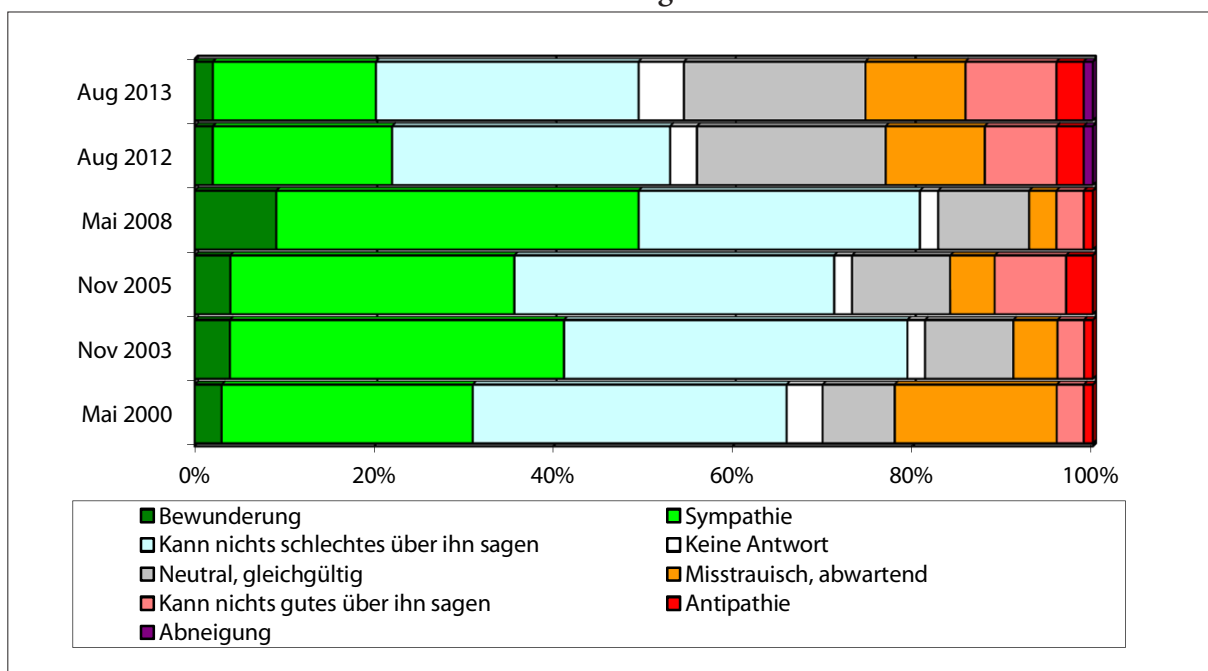
Grafik 11: Haben Sie eine positive oder negative Meinung von Wladimir Putin?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums. Veröffentlicht am 15. Oktober 2013 unter:

<<http://www.levada.ru/print/15-10-2013/putin-v-obshchestvennom-mnenii-do-i-posle-politicheskoi-rokirovki>>

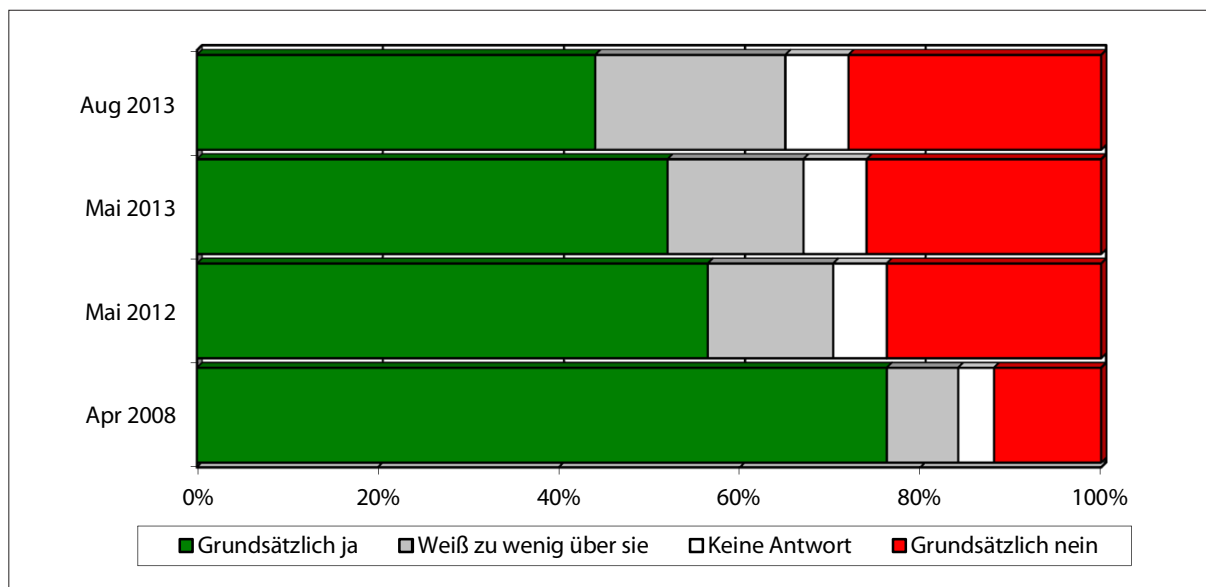
Grafik 12: Mit welchen Worten Sie Ihre Einstellung zu Wladimir Putin beschreiben?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums. Veröffentlicht am 15. Oktober 2013 unter:

<<http://www.levada.ru/print/15-10-2013/putin-v-obshchestvennom-mnenii-do-i-posle-politicheskoi-rokirovki>>

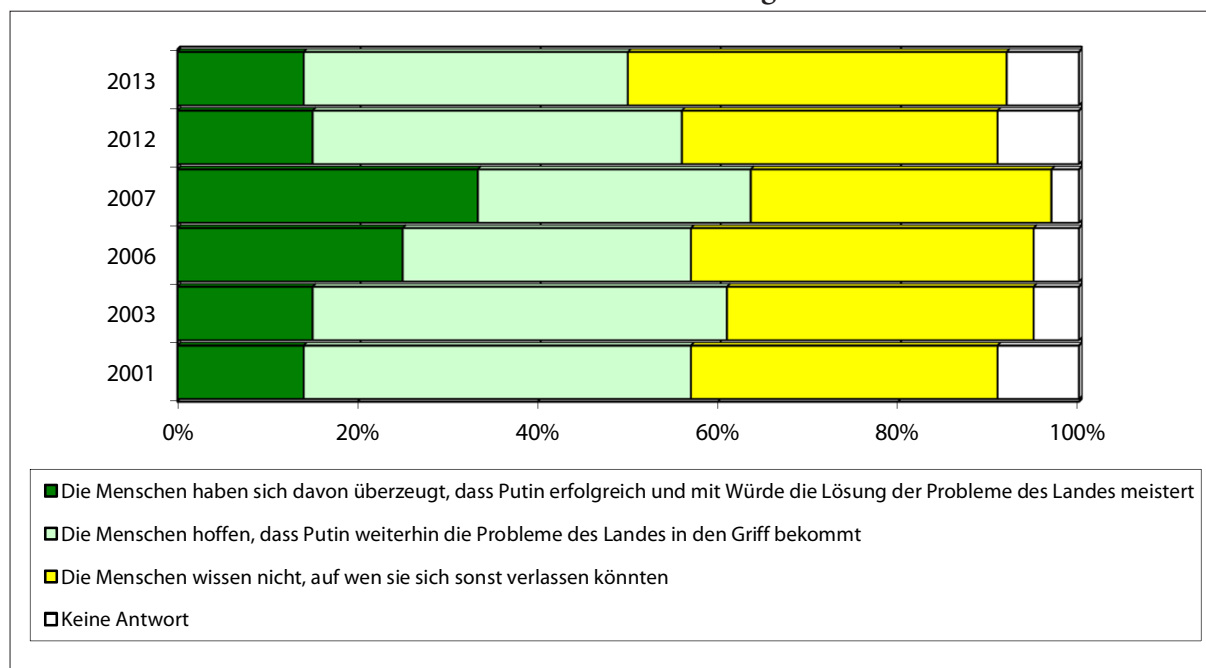
Grafik 13: Unterstützen Sie die Politik Wladimir Putins im Präsidentenamt?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums. Veröffentlicht am 15. Oktober 2013 unter:

<<http://www.levada.ru/print/15-10-2013/putin-v-obshchestvennom-mnenii-do-i-posle-politicheskoi-rokirovki>>

Grafik 14: Warum vertrauen viele Menschen Ihrer Meinung nach Wladimir Putin?

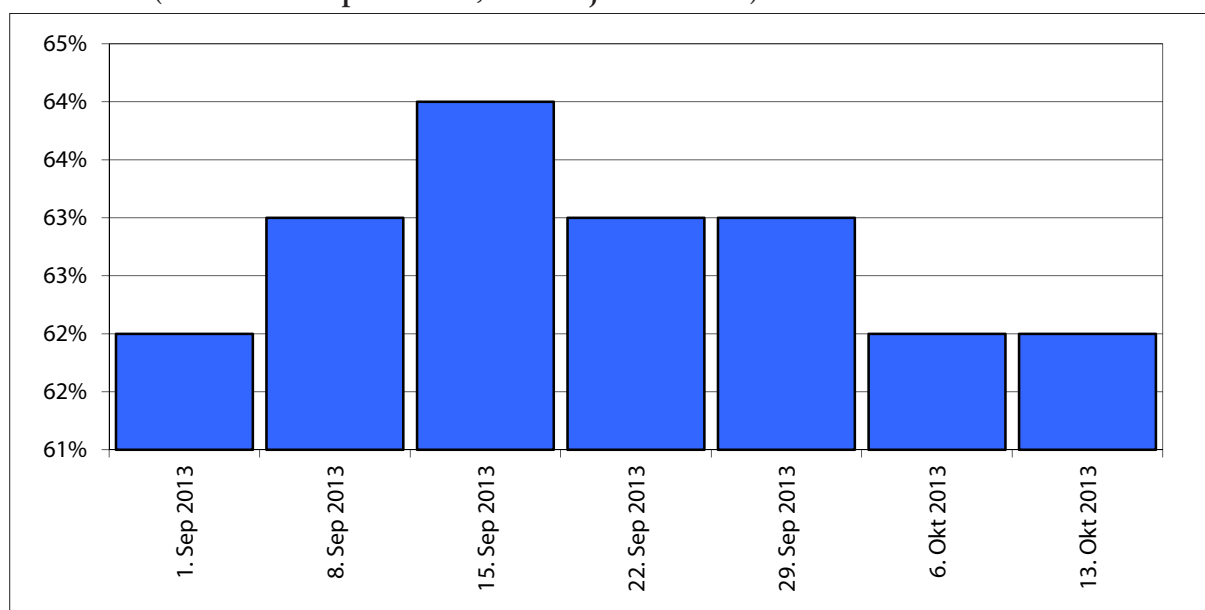


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums. Veröffentlicht am 15. Oktober 2013 unter:

<<http://www.levada.ru/print/15-10-2013/putin-v-obshchestvennom-mnenii-do-i-posle-politicheskoi-rokirovki>>

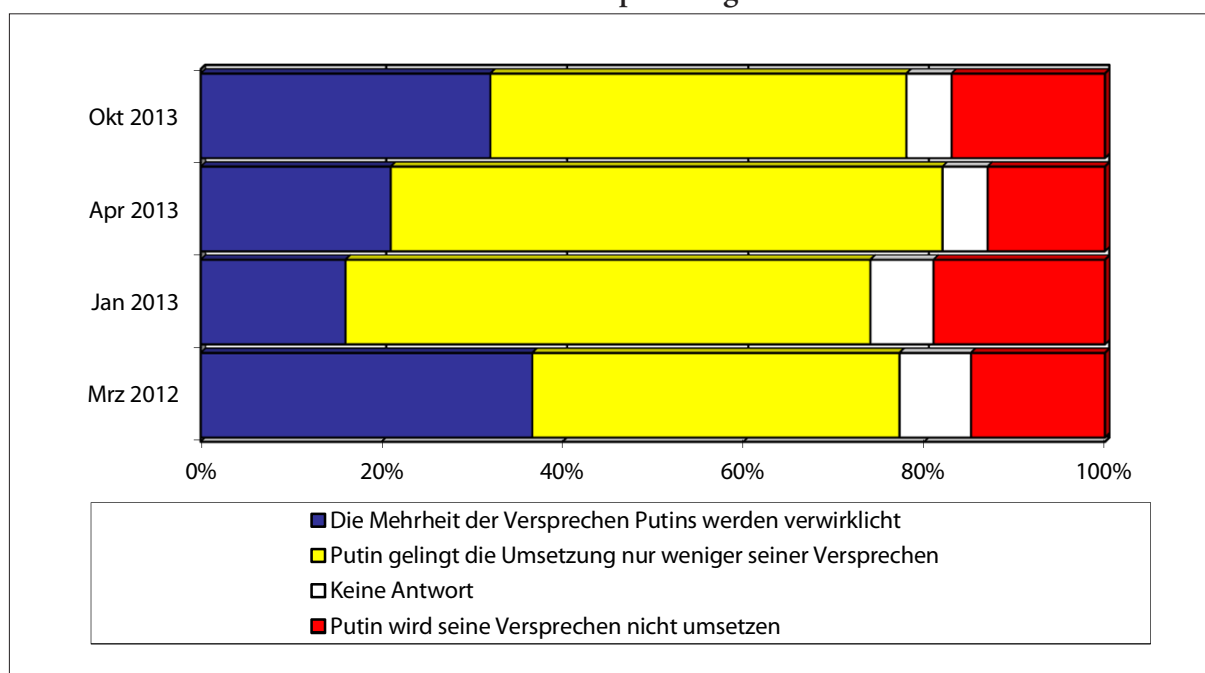
Umfragen des WZIAM

Grafik 15: Befürworten Sie die Tätigkeit des Russischen Präsidenten?
(Anteil der Respondenten, die mit ja antworten)



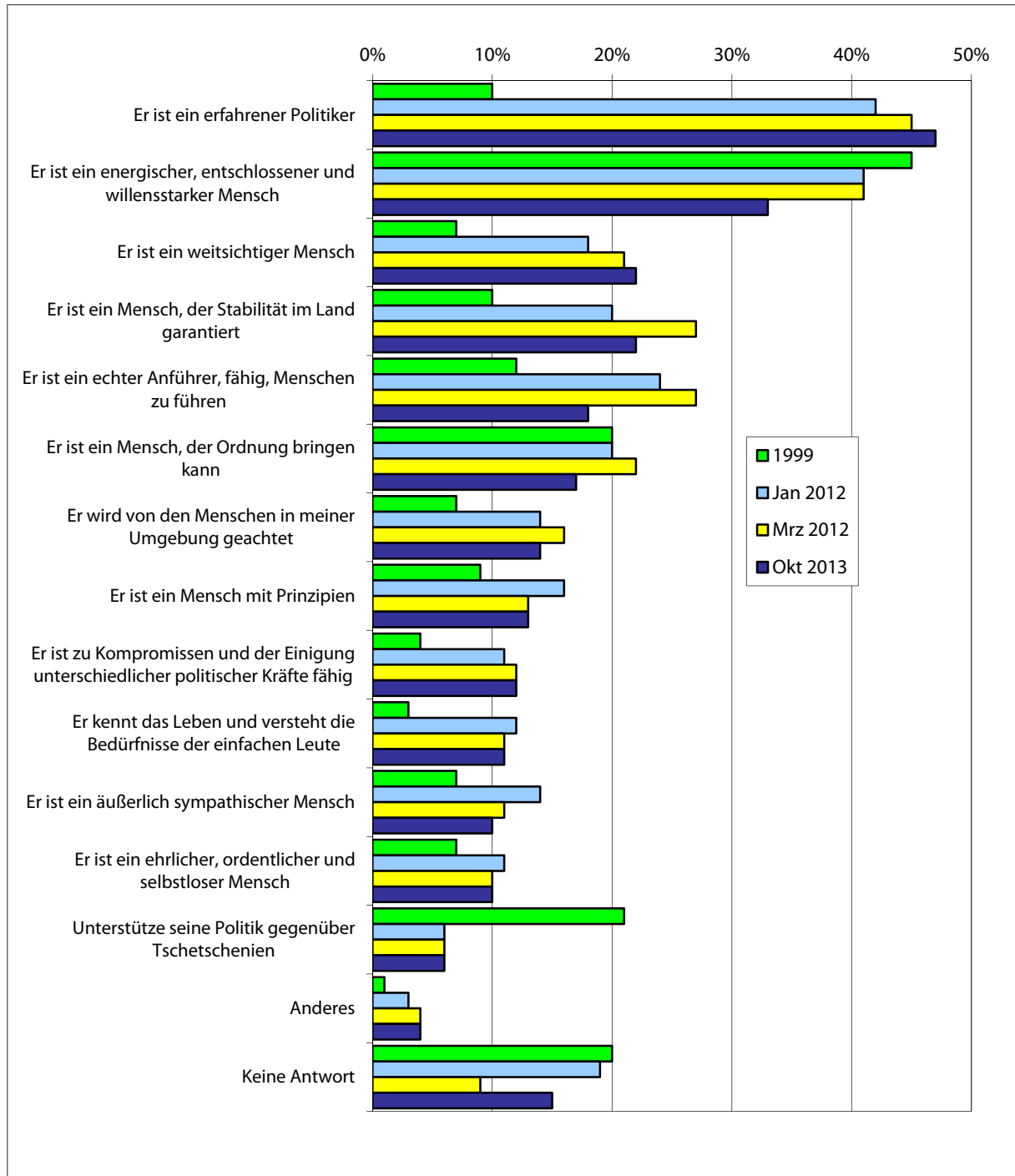
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 13.–14. Oktober 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 18. Oktober 2013 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114568>

Grafik 16: Hält Wladimir Putin seine Wahlversprechungen?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 13.–14. Oktober 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 18. Oktober 2013 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114568>

Grafik 17: Was zieht Sie an Wladimir Putin an? (Beliebige Zahl an Antworten)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 13.–14. Oktober 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 18. Oktober 2013 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114568>

Rating der russischen Minister

Tabelle 1: Bewerten Sie bitte die Arbeiter der Minister nach Punkten auf einer Skala von 1–5 (1: sehr schlecht, 5: ausgezeichnet)

	Sept. 2012	Dez. 2012	März 2013	Juni 2013	Sept. 2013
Sergej Schojgu (vorher Anatolij Serdjukow, bis September 2012), Verteidigungsminister	3,07	4,16	4,19	4,27	4,28
Sergej Lawrow, Außenminister	3,90	3,66	3,94	3,89	3,81
Wladimir Putschkow, Minister für Zivilverteidigung, Extremsituationen und Beseitigung der Folgen von Naturkatastrophen	3,42	3,23	3,54	3,53	3,61
Dmitrij Rogosin, Stellvertretender Ministerpräsident	3,36	3,23	3,40	3,32	3,27
Nikolaj Nikiforow, Minister für Fernmeldeangelegenheiten und Massenkommunikation	3,36	3,10	3,25	3,20	3,21
Witalij Mutko, Minister für Sport, Tourismus und Jugend	3,13	2,96	3,06	3,04	3,21
Igor Schuwalow, Stellvertretender Ministerpräsident	3,32	3,22	3,17	3,23	3,20
Alexander Chloponin, Stellvertretender Ministerpräsident	3,17	3,17	3,21	3,16	3,11
Wladimir Medinskij, Kulturminister	3,15	2,98	3,03	3,05	3,09
Wladimir Kolokolzew, Innenminister	3,14	3,12	3,20	3,22	3,06
Alexander Konowalow, Justizminister	3,20	2,77	2,87	2,91	2,99
Dmitrij Kosak, Stellvertretender Ministerpräsident	3,27	3,15	3,23	3,26	2,98
Maksim Sokolow, Transportminister	3,06	2,80	2,97	3,03	2,98
Alexander Nowak, Energieminister	3,12	2,84	2,92	2,85	2,98
Michail Abyzow, Minister für Verbindung mit der offenen Regierung	2,89	2,87	3,05	2,87	2,89
Jurij Trutnew, Stellvertretender Ministerpräsident	-	-	-	-	2,89
Alexander Galuschka (vorher: Wiktor Ischajew, bis Juni 2013), Minister zur Entwicklung der Region Fernost	3,25	2,95	3,18	2,96	2,87
Olga Golodez, Stellvertretende Ministerpräsidentin	2,91	2,92	3,06	2,89	2,85
Anton Siluanow, Finanzminister	2,83	2,74	2,86	2,87	2,85
Sergej Prichodko (vorher: Wladislaw Surkow, bis März 2013), Stellvertretender Ministerpräsident	3,05	2,84	2,96	2,84	2,85
Weronika Skworzowa, Gesundheitsministerin	2,79	2,69	2,75	2,84	2,85
Denis Manturow, Minister für Industrie und Handel	3,05	2,71	2,77	2,78	2,81
Arkadij Dworkowitsch, Stellvertretender Ministerpräsident	3,04	2,89	3,04	2,94	2,80

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Bewerten Sie bitte die Arbeiter der Minister nach Punkten auf einer Skala von 1–5 (1: sehr schlecht, 5: ausgezeichnet) (Fortsetzung)

	Sept. 2012	Dez. 2012	März 2013	Juni 2013	Sept. 2013
Nikolaj Fedorow, Landwirtschaftsminister	2,72	2,62	2,68	2,77	2,78
Maksim Topilin, Minister für Arbeit und soziale Entwicklung	2,72	2,62	2,78	2,86	2,76
Igor Sljunjajew (vorher: Oleg Goworun, bis September 2012), Minister für regionale Entwicklung	2,86	2,84	2,98	2,83	2,76
Alexej Uljukajew (vorher: Andrej Belousow, bis Juni 2013), Minister für Wirtschaftsentwicklung	2,83	2,77	2,91	2,80	2,71
Sergej Donskoj, Minister für Naturressourcen und Umweltschutz	2,74	2,74	2,97	2,76	2,69
Dmitrij Liwanow, Minister für Bildung und Wissenschaft	2,85	2,67	2,60	2,49	2,66

Quelle: Umfragen des WZIOM, 14.–29. September 2013 <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114567>>

AUS RUSSISCHEN BLOGS

Pogrome in Birjuljowo

Chronik der Pogrome in Birjuljowo

Am 10. Oktober 2013 wurde der 25-jährige Jegor Schtscherbakow im Moskauer Bezirk Birjuljowo erstochen – angeblich von einem Aserbajdschaner. Das löste spontane Reaktionen aus. Auf Demonstrationen wurde die sofortige Festnahme des Täters, die Schließung eines Gemüsegroßmarkts, der von Migranten betrieben wird und wo der Täter gearbeitet haben soll, sowie eine Verschärfung der Migrationsgesetze gefordert. Am Sonntag, den 13. Oktober kam es zu ausländerfeindlichen Krawallen auf den Straßen in Birjuljowo, bei denen Randalierer mehrere Autos beschädigten und den Markt verwüsteten. Nach Kondopoga und Pugatschow ist nun auch Birjuljowo zu einem Synonym für ethnische Pogrome in Russland geworden. Der prominente Fotograf und Blogger Ilja Warlamow veröffentlicht eine Chronik der Unruhen in Birjuljowo mit zahlreichen Bildern, Videos und Statements von Offiziellen.

»Pogrome in Birjuljowo« von Ilja Warlamow, 14. Oktober 2013 <<http://zyalt.livejournal.com/903605.html>>

»Das Imperium schlägt zurück«

Der Journalist und Blogger Oleg Kosyrew kritisiert das unangemessene Vorgehen der Sicherheitsorgane bei der Festnahme und dem Abtransport des mutmaßlichen Täters von Birjuljowo. Orhan S. wurde mit Hubschrauber in das Innenministerium gebracht und von Innenminister Wladimir Kolokolzew, dem Chef der Moskauer Polizei Anatolij Jakunin und dem Pressesprecher des Ermittlungskomitees Wladimir Markin als »Beute« plakativ präsentiert. Die ganze Aktion wurde in den wichtigsten Fernsehkanälen live übertragen. Kosyrew erläutert, das sei ein pures Muskeleispiel des Kreml zur Beruhigung der wütenden Menschenmenge: »Das Imperium schlägt zurück. Jedes Bild zeigt knallharte Rache. Hier gibt es keine Rechtsanwälte, kein Recht auf einen Telefonanruf, keinen Vertreter der Botschaft Aserbajdschans, nichts von diesem Quatsch. Weder Menschenrechtler, noch Ärzte, nichts, was den Zuschauer auch nur eine Sekunde an der Härte des Imperiums und an der Unabwendbarkeit der Strafe hätte zweifeln lassen können«.

»Das Imperium schlägt gegen Orhan zurück« von Oleg Kosyrew, 16. Oktober 2013 <<http://oleg-kozyrev.livejournal.com/4665469.html>>

Schauspiel im Innenministerium

»Wollen Sie solche Vorfälle verhindern? Dann sollten Sie den Ermittlungsmechanismus entwickeln, besser suchen, effektiver fangen, zumindest schneller, als wütende Massen selbst zum Mörder gelangen«, kritisiert Wladimir Tor das Vorgehen der Moskauer Polizei, die offensichtlich erst nach den Pogromen in Birjuljowo begann sich mit dem Mord an Jegor Schtscherbakow intensiv zu beschäftigen. Der Vorsitzende der nicht registrierten National-Demokratischen Partei empört sich über die komisch-absurde Inszenierung der Sonderoperation der OMON zur Festnahme des mutmaßlichen Täters, bei der Polizisten während der Live-Übertragung den Inhaftierten ständig prügeln und beleidigen. Wladimir Tor stellt dabei die Hilfslosigkeit der Macht fest, die durch solch »billige« PR-Aktionen ihre eigene Autorität sowie die Rechtsstaatlichkeit in Russland ruiniere.

»Was dem Jupiter erlaubt, ist dem Ochs nicht erlaubt« von Wladimir Tor, 16. Oktober 2013 <<http://tor85.livejournal.com/2447179.html>>

»Geben Sie ihre Stimmen der Visumpflicht für Leute aus den Ländern Zentralasiens und des Kaukasus«

Die Ereignisse in Birjuljowo verschärften die Migrationsdebatte in der russischen Blogosphäre und führten dazu, dass die Frage zur Einführung von Visa für Menschen aus den zentralasiatischen und kaukasischen Republiken erneut aufgeworfen wurde. Seine eindeutige Position für ein Visa-Regime hat auch Alexej Nawalnyj geäußert, der bereits vor mehreren Monaten das Thema zu einem der Hauptpunkte seines Wahlprogramms für die Bürgermeisterwahl in Moskau machte.

Der Oppositionelle diskutiert über die Pros und Contras einer Einschränkung der Einwanderung aus ehemaligen Sowjetrepubliken durch Visa und verweist dabei auf die Unterstützung seiner Position durch die absolute Mehrheit der Bevölkerung Russlands. Den Meinungsumfragen des Lewada-Zentrums zufolge sprachen mehr als 80 % der Befragten sich für die Visa-Einführung aus. Da der Regimekritiker keine Möglichkeit hat, einen eigenen Gesetzentwurf in der Staatsduma vorzustellen, startete er eine Online-Kampagne auf der offiziellen Internet-Plattform ROI – Ros-sijskaja Obschtschestwennaja Iniziativa (Russische gesellschaftliche Initiative). Gelingt es Nawalnyj, 100.000 Unterschriften zu sammeln, muss die Staatsduma danach die Frage der Einführung eines Visa-Regimes offiziell behandeln.

»Geben Sie ihre Stimmen der Visumpflicht für Leute aus den Ländern Zentralasiens und Kaukasus« von Alexej Nawalnyj, 14. Oktober 2013 <<http://navalny.livejournal.com/868564.html>>

»Keine Angst! Nach der Visa-Einführung wird es keine Apokalypse geben«

Der Vorsitzende der rechtsliberalen Partei Wladimir Milow wirbt für die Einführung von Visa für Menschen aus den Nachbarländern in Zentralasien und Kaukasus und kritisiert dabei Gegner des Visa-Regimes aus dem liberalen Lager wegen »offensichtlich dummer Argumente«. Milow widerlegt Befürchtungen der Visa-Gegner, es werde einen neuen Eisernen Vorhang in Europa geben, und bezieht sich dabei auf langjährige Erfahrung Russlands mit den Schengen-Staaten: »Na und? Ist etwa ein grausamer Vorhang für die Europäer dadurch entstanden, dass sie bei der Einreise nach Russland ein Visum brauchen? Oder ist Europa etwa nach China geflohen? Keineswegs... China lässt übrigens Vertreter dieser großartigen Länder, um die es bei unserer Diskussion geht, ausschließlich mit einem gültigen Visum hinein. Europa auch. Die USA auch. Israel auch. Diesen Migrations-Selbstmord begeht nur die Russische Föderation.«

»Noch ein Mal zur Visa-Frage« von Wladimir Milow, 20. Oktober 2013 <<http://echo.msk.ru/blog/milov/1181196-echo/>>

Ideologische Diskrepanz bei der Visa-Frage unter den Verbündeten Nawalnyjs

Der Mitgründer der nicht-registrierten liberalen Oppositionspartei »Partei des 5. Dezember« Konstantin Jankauskas vertritt bei den Visa-Debatten eine eindeutig entgegengesetzte Position. Jankauskas unterstützte zwar Alexej Nawalnyj während der letzten Wahlkampagne, schließt allerdings jeglichen Kompromiss zur Einschränkung der Einwanderung aus zentralasiatischen und kaukasischen Ländern durch das Visa-Regime aus. »Man fragt mich immer wieder, warum habe ich mit meinen Kollegen die Partei des 5. Dezember gegründet und bin nicht einfach in die »Volksallianz« von Nawalnyj eingetreten? Zum Beispiel deswegen: <http://visa.navalny.ru/>... Ohne politische Reform, Reform der Rechtsschutzorgane und ohne kompromisslosen Kampf gegen die Korruption würde eine Einführung von Visa für die Länder Zentralasiens jetzt nur zur Entstehung einer neuen Quelle zur illegalen Bereicherung von Mitarbeitern russischer Botschaften und Konsulate führen.

»Warum ich nicht in die Volksallianz eintrete« von Konstantin Jankauskas, 15. Oktober 2013 <<http://5dec.ru/articles/pochemu-ya-ne-vstuplyu-v-narodnyi-alyans>>

Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache)

Inländer, Ausländer, inländische Ausländer – vom schwierigen Zusammenleben in Russland

Jens Siegert, Moskau

Es ist immer wieder das gleiche Muster. Eine oder mehrere »Personen nicht-slawischen« Aussehens (wahlweise auch »südlichem«, »kaukasischem« oder »zentralasiatischem«), wie es weit verbreitet im allgemeinen und auch im offiziellen Sprachgebrauch verschämt rassistisch heißt töten irgendwo in Russland einen »Russen«. Daraufhin fordert eine aufgebrachte Menge »Einheimischer«, es sei nun endlich mit den Fremden genug – sie müssten weg, »nach Hause«. Es kommt zu Demonstrationen, dann auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, Geschäfte und Märkte, bevorzugtes Betätigungsfeld der »Fremden«, werden verwüstet.

So war es in der karelischen Kleinstadt Kondopoga 2006, im Moskauer Stadtzentrum auf dem Manegeplatz 2010, in der zentralrussischen Stadt Pugatschow nahe der Wolga in diesem Sommer und nun, vor knapp zwei Wochen, im Moskauer Vorort Birjuljowo. Im Grunde also nicht Neues. Immer suchte die Polizei sofort hektisch nach den Schuldigen, konnte, für hiesige Verhältnisse in Windeseile, einen oder mehrere Täter präsentieren. Politiker bis hoch zum Präsidenten versprachen harte Bestrafung. Nach relativ kurzer Zeit beruhigte sich alles wieder. Doch diesmal ist es anders.

Die Rückeroberung der Öffentlichkeit

Das hat, so seltsam es klingen mag, mit den Protesten des vorvergangenen Winters zu tun und den politischen Verschiebungen, die sie gleichzeitig an die Oberfläche gebracht und beschleunigt haben. Die liberalen Proteste gegen Wahlfälschungen, staatliche Willkür und Korruption der vergangenen zwei Jahre, und nun die eher konservativen bis nationalistischen Proteste, die sich vordergründig gegen zu viele »Fremde«, tatsächlich aber gegen die zunehmende Unfähigkeit und Unwilligkeit des Staates zur Daseinsvorsorge richten (und damit auch gegen Korruption), sind zwei Seite derselben Medaille. Das System Putin ist zwar noch nicht ins Wanken geraten, aber eine wachsende Zahl von Menschen glaubt nicht mehr an seine unerschütterliche Stabilität und an seine Fähigkeit, die vor dem Land stehenden Probleme zu lösen. Anders und mit Kirill Rogow ausgedrückt: Die Epoche des mit Öl geschmierten Gleichgewichts und der Apathie ist vorbei. Politik ist wieder öffentlich geworden. Das gilt nicht nur für die Demonstranten gegen Wahlfälschungen von 2012 mit denen ich sympathisiere, sondern auch für viele andere, deren politische Ansichten mir ein Graus sind.

Russen, Russländer und der rechtsnationale Sumpf

Ich kann hier nicht mit einer umfassenden und durchstrukturierten Analyse der Probleme aufwarten, die sich in den nationalistischen und fremdenfeindlichen Protesten ausdrücken. Aber im Sinne von »Notizen«, versuche ich einige von ihnen zu benennen. Allein dadurch wird hoffentlich deutlich werden, wie groß die Probleme, wie enorm die Herausforderungen und wie schwierig die Antworten sind.

Ich fange an mit dem Motto meines Blogs. Da steht seit fünf Jahren unter anderem: »Russland war jahrhundertlang Imperium und muss nun, eher unwillig, Nationalstaat werden.« Nun ist dieses Russland, laut Verfassung, ein »multinationaler« Staat. Genauer ist dort in der Präambel von einem »multinationalen Volk« die Rede (<http://www.constitution.ru/de/index.htm>). Niemand aber weiß, was das ist und wie das funktionieren kann. Auf der einen Seite gibt es eine einzige, ungeteilte Staatsbürgerschaft. Auf der anderen haben 21 dieser »Nationen« eigene kleine Staaten im Staat, mit Sonderrechten – vorwiegend kulturellen. Wer dort will, kann sich seine »Nationalität« durch einen Einlage in den Inlandspass bestätigen lassen. Die größte der russischen (besser müsste ich hier wohl zum wissenschaftlich verwendeten Terminus »russländischen« übergehen) »Nationen«, die ethnischen Russen, werden oft als »ältere Brüder« der anderen, kleineren bezeichnet (was Stalins Erfindung ist), haben aber nichts »Eigenes«, Institutionelles, unterhalb der Gesamtstaatsebene. Das wird von vielen Menschen, die sich als ethnische Russen verstehen, als ungerecht, ja herabsetzend empfunden. Das Argument, der Gesamtstaat sei doch aber russisch geprägt, Russisch die verbindliche Amtssprache, und auch der Hinweis auf die zahlenmäßig riesige Übermacht ethnischer Russen mit rund 80 Prozent der Bevölkerung laufen regelmäßig ins Leere.

Gleichzeitig appelliert die politische Führung in den vergangenen Jahren immer stärker an die Dominanz einer russisch-ethnischen Mehrheitskultur und einer daraus abgeleiteten »traditionellen« Lebensweise. Das dient allerdings vor allem der Abgrenzung zum »Westen« und »westlichen« Lebensweisen oder, anders ausgedrückt, der Abwehr der Zumutungen der Moderne mit ihren Höllenengeln Individualisierung, Verantwortung und Globalisierung.

Der russländische Staat, die Russische Föderation ist also »russisch« geprägt, hebt das aber vor allem dann her-

vor, wenn die politische Elite sich in Gefahr wähnt. Dabei ist diese Hervorhebung heikel, weil sie im nicht-russischen Teil des Landes zu entsprechenden Gegenbewegungen führt. Die liberalen Proteste seit Winter 2011/2012 haben Putin dazu veranlasst, die national-traditionelle Karte stärker zu spielen. Wenn dann, in einer so vorbereiteten und angeheizten Atmosphäre, etwas passiert, wie jetzt der Mord an einem jungen (ethnischen) Russen in Moskau durch jemand mit »fremdem Aussehen«, sind die Reaktionen vorhersehbar. Protest empörter und erschreckter Bürger, die sich, legitimer Weise, um die eigene Sicherheit sorgen, vermischt sich mit tiefer sitzenden Ressentiments und einem grundsätzlichen (oft leider nicht unbegründeten) Misstrauen gegen alles Staatliche und insbesondere die Polizei. Gut organisierte nationalistische Gruppen, einige davon mit großer Nähe zur orthodoxen Kirche, nutzen die Situation zu gewaltsamen Ausschreitungen.

Mit dem Putinschen Staat ist es also ein wenig wie mit dem Goetheschen Zauberlehrling. Die herbeigerufenen Geister sollten eigentlich die Last des An-der-Macht-Bleibens erleichtern. Aber nun fällt kein Zauberwort mehr ein, mit dem sie sich wieder stoppen ließen. Hinzu kommt, dass das gefährliche Wir-arme-Russen-gegen-den-bösen-Rest-der-Welt-Spiel auch sich selbst gegenüber nicht ehrlich gespielt wird. Denn die meistgehassten (oder gefürchteten) »Fremden« sind keine Ausländer. Sie kommen aus dem Nordkaukasus und haben russische Pässe.

Nordkaukasus, Zentralasien und die Visumsfrage

Umfragen zeigen schon seit einiger Zeit, dass es gerade die Tschetschenen, Dagestaner oder Inguschen (also Mitglieder des »multinationalen Volks« der Verfassung) sind, die im russischen Kernland, noch vor den Gastarbeitern aus Zentralasien, am wenigsten gelitten sind. Auch die am Anfang dieser Notizen angeführten Morde wurden, bis auf den von vor zwei Wochen in Moskau (der mutmaßliche Täter ist ein Aserbeidschaner), alle von russischen Staatsbürgern nordkaukasischer Herkunft begangen. Der russische Staat reagiert auf dieses Problem mit einer Täuschung: Er bläst, gerne auch mit gefälschten Verbrechenstatistiken, zur Jagd auf »illegale Ausländer« (das Wort »nelegaly« hat sich dafür bis in die seriöse Presse eingebürgert).

Als im Sommer, während des Moskauer Bürgermeisterwahlkampfes, dagestanische Händler, also russische Staatsbürger, auf einem Markt ein Handgemenge mit Polizisten begannen, antwortete die Polizei mit Razzien auf Märkten, Baustellen und in Fabriken. Mehr als 3.500 Ausländer wurden in schnell aufgestellten Zeltlagern interniert. Die meisten kamen aus Zentralasien und Vietnam und hatten mit dem ursprünglichen Streit nichts zu tun. Dutzende wurden später abgeschot-

ten. Nach dem Mord vor zwei Wochen wiederholte sich dieses Vorgehen. Binnen zwei Tagen wurden 1.200 Ausländer festgesetzt. Die Abschiebeverfahren dauern an.

Ein großer Teil der Bevölkerung, aber auch der politischen Opposition folgt diesem Täuschungsmanöver durchaus bereitwillig. Die Ausländer aus Zentralasien oder Vietnam sind ein leichtes Ziel. Oft ist ihr Aufenthaltsstatus tatsächlich juristisch fragwürdig. Hinweise auf ähnliche Praktiken in der EU geben zudem zivilisatorische Legitimität. Der neue Oppositionsstar Alexej Nawalnyj startete auch flugs eine Unterschriftensammlung für die Einführung einer Visumpflicht für Menschen aus den GUS-Staaten. Eine bessere Regelung und Kontrolle der Arbeitsmigration sei notwendig, begründete er, weil ansonsten der Zorn der russischen Bevölkerung weiter wachse und Gewaltausbrüche wie in Birjuljowo bald nicht mehr zu kontrollieren seien. Diese Argumentation verfängt durchaus bis tief in liberale Kreise hinein. Wahrscheinlich wird Nawalnyj die 100.000 Unterschriften, die benötigt werden, um das Parlament zur Befassung zu zwingen, leicht zusammen bekommen.

An dieser Stelle kommt Präsident Putin in Schwierigkeiten (Nawalnyj hat die Forderung wohl vor allem deshalb aufstellt, und ein Teil der liberalen Öffentlichkeit folgt ihm da). Zwar sprechen auch seine Leute regelmäßig davon, den Zuzug vor allem aus Zentralasien zu begrenzen und stärker zu kontrollieren, aber eine Visumpflicht passt Putin überhaupt nicht ins (außen-)politische Konzept (weshalb er sie in seiner einzigen öffentlichen Stellungnahme zu den Unruhen von Birjuljowo auch explizit ablehnte). Die von Putin mit Macht angestrebte Eurasische Union, ja selbst die Vorstufe einer Zollunion mit möglichst vielen GUS-Staaten (bisher: Russland, Kasachstan, Belarus und Armenien) wäre mit einer Visumpflicht gestorben (das wird sie allerdings wohl auch, wenn die Ukraine, wie es sich abzeichnet, im November tatsächlich das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union unterzeichnet). Die Visumpflicht wäre also ein herber Schlag für die geopolitischen Ambitionen in Zentralasien, die Russland zumindest wieder in die Nähe einer Art Großmachtstatus bringen sollen.

Die gegenwärtige Diskussion über die Visumpflicht verdeckt so das viel grundlegendere Problem, wie mit dem zunehmenden Fremdwerden der »Nationen« innerhalb Russlands umgegangen werden soll. In vielen ethnisch definierten Republiken und Bezirken, vor allem im Nordkaukasus, findet seit langem eine mehr oder weniger schleichende ethnische Entmischung statt. Am deutlichsten ist das im Nordkaukasus. In Tschetschenien lebten zum Ende der Sowjetunion vor 22 Jahren etwa ebensoviel Tschetschenen wie Nicht-Tschetschenen, vor allem ethnische Russen. Heute, nach zwei Kriegen, leben dort fast nur noch Tschetschenen (Volkszählung

2010: 95,3 %). Ähnlich sieht es in Dagestan und in Inguschetien aus, wobei die jeweilige Titularnation auch auf Kosten anderer nordkaukasischer Ethnien zunimmt, es also auch eine regionale Homogenisierung gibt. Ebenso geht in den anderen nordkaukasischen Republiken der Anteil der ethnisch russischen Bevölkerung stetig zurück.

Zugleich ist der Nordkaukasus die ärmste russische Region. Sie überlebt dank Dotationen aus Moskau und weil vor allem junge Männer zum Arbeiten in andere russische Regionen ziehen. Gleichzeitig ist die Geburtenrate im Nordkaukasus um bis zu dreimal höher als im russischen Kernland. Dort, vor allem in den größeren Städten, bilden sich langsam ethnisch homogene Siedlungskerne von »Nicht-Russen«, insbesondere aus dem Nordkaukasus aus. Das führt zu zusätzlichen Ängsten und Spannungen. Während der sowjetische Staat die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung durch die Wohnungszuteilung gesteuert hat, fehlen dem heutigen russischen Staat auf einem Wohnungsmarkt entsprechende Instrumente.

Der doppelköpfige Traum

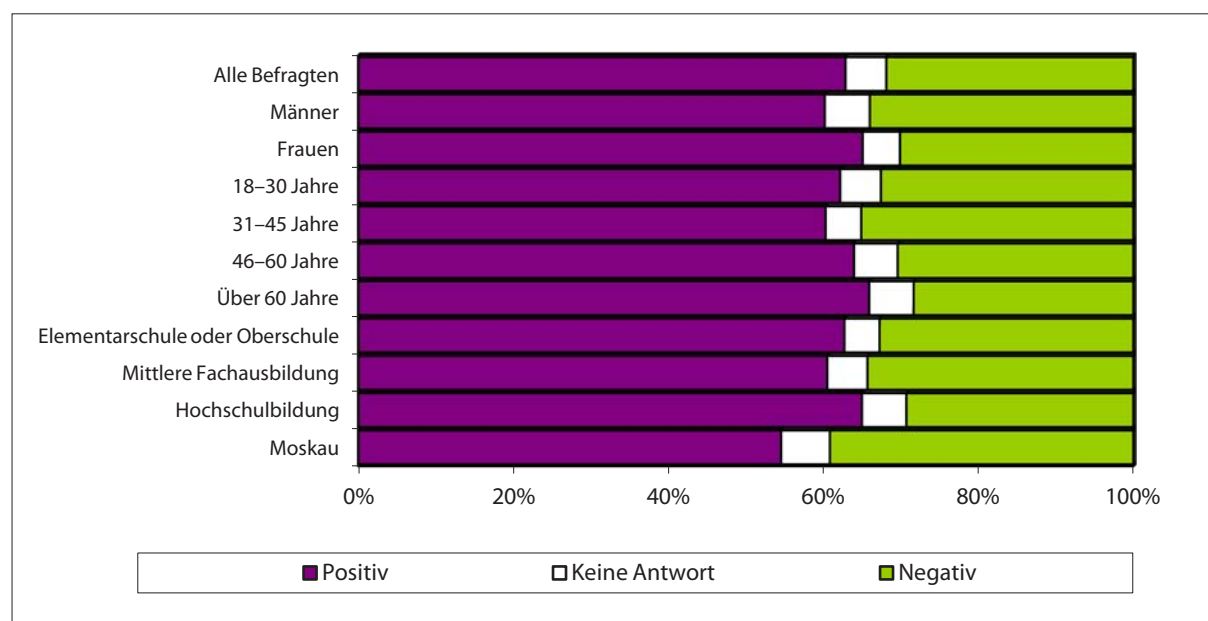
Wladimir Putin war 1999 angetreten, um die »Integrität Russlands« zu verteidigen. Das Land sollte *ein Land* bleiben,

ein einiges Land. Äußerlich ist das geglückt. Abgesehen von ein paar Terroristengruppchen ist im Land dank des brutalen Vorgehens der russischen Armee im Zusammenwirken mit den Terrormethoden von Tschetschenenchef Kadyrow von niemandem mehr die Forderung nach Unabhängigkeit einer oder mehrerer der russischen Teilrepubliken zu hören. Gleichzeitig haben sich beide Seiten bis zum Hass auseinander gelebt. Darüber zu reden ist tabu. Nicht darüber zu reden, führt aber nur dazu, dass die Probleme wachsen und mit ihnen die Wut.

Vielleicht kennzeichnet ein gegenwärtig im russischsprachigen Internet kursierender Spruch diese spezielle russische Schizophrenie am besten. Er ist überschrieben mit »Der doppelköpfige russische Traum« (eine Anspielung auf den doppelköpfigen Adler im russischen Staatswappen, der angeblich mit einem Kopf nach Westen blickt und mit dem anderen nach Osten): »Russische Menschen möchten, dass zwei Träume gleichzeitig wahr werden: Alle Nicht-Russen aus Russland vertreiben und selbst zum Leben ins Ausland ziehen.«

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

Grafik 18: Manche schlagen vor, alle illegalen Migranten aus dem Land zu schicken und nur solche hier zu lassen, die die Sprache verstehen, nicht vorbestraft sind, und wenn sie sich offiziell um Arbeit bewerben. Wie stehen Sie dazu?



Quelle: Umfrage des Fond Obschtschestwennogo Mnejija (FOM), 17.–18. August 2013, N = 1000.
Veröffentlicht am 28. August 2013 unter: <<http://fom.ru/obshchestvo/11052>>

CHRONIK

Vom 11. bis zum 24. Oktober 2013

11.10.2013	Andrej Isajew, Dumaabgeordneter der Partei »Einiges Russland«, wird von seinen Aufgaben als Stellvertretender Sekretär im Generalrat der Partei entbunden, seine Mitgliedschaft im Präsidium des Generalrates wird ausgesetzt. Isajew hatte einen Skandal ausgelöst, als er versuchte, in angetrunkenem Zustand eine Flugreise anzutreten, und vom Personal zurückgewiesen wurde.
12.10.2013	Auf dem Marsfeld in St. Petersburg protestieren etwa 50 Personen gegen die Verletzung der Rechte Homosexueller. Die Veranstaltung wird von ca. 200 Gegendemonstranten gestört. Die Polizei nimmt 67 Demonstranten aus beiden Lagern fest.
13.10.2013	Im Süden Moskaus gerät in Birjuljowo eine Demonstration außer Kontrolle, bei der Anwohner die Aufklärung eines Mordes fordern, der am 10.10. stattgefunden hat und angeblich von einem »Südländer« begangen wurde. Eine Menschenmenge, zu der auch Rechtsradikale gehören, skandiert fremdenfeindliche Losungen und attackiert einen Supermarkt sowie einen Gemüsegroßmarkt. Es kommt zu Ausschreitungen und Zusammenstößen mit der Polizei. Bis Mitternacht werden 380 Personen festgenommen und fünf Polizisten verletzt.
13.10.2013	Die Präфекtur des Südlichen Verwaltungsbezirks in Moskau beschließt, einen operativen Stab aus Polizisten, Mitarbeitern der Migrationsbehörde und freiwilligen Helfern zu gründen, um gegen die illegale Migration im Bezirk vorzugehen.
14.10.2013	Bei einer Razzia der Moskauer Polizei auf dem Großmarkt bei Birjuljowo, um den es am Vorabend zu Ausschreitungen gekommen war, werden rund 1.200 »Gastarbeiter« zur Überprüfung möglicher Straftatbestände festgenommen. Der Markt wird vorübergehend geschlossen.
15.10.2013	Die Moskauer Polizei nimmt im Süden der Hauptstadt rund 300 Nationalisten bei einer nicht genehmigten Versammlung fest. Derweil werden etwa 200 Gastarbeiter, die am Vortag auf dem Großmarkt in Birjuljowo festgenommen wurden, wegen Verstößen gegen die Migrationsordnung in ein Abschiebezentrum überführt.
15.–16.10.2013	Onno Elderenbosch, Assistent des niederländischen Botschafters in Moskau, wird von Unbekannten in seiner Wohnung überfallen und angegriffen. Nur wenige Tage zuvor war der russische Gesandte in Den Haag von der holländischen Polizei vorübergehend festgenommen worden.
16.10.2013	Das Gebietsgericht in Kirow setzt die Haftstrafen gegen Alexej Nawalnyj und Pjotr Ofizerow im Revisionsverfahren zur Bewährung aus. Die beiden waren am 18. Juli vom Gebietsgericht Kirow wegen Veruntreuung von Geldern des ehemaligen staatlichen Holzunternehmens »Kiwowles« zu fünf bzw. vier Jahren Straflager verurteilt worden.
16.–17.10.2013	Bei Kontrollen zur Einhaltung der Migrationsordnung in Moskau werden rund 2.000 Personen polizeilich überprüft und rund 140 Personen wegen Verstößen festgehalten.
18.10.2013	Nadeshda Tolokonnikowa, »Pussy Riot«-Aktivistin, wird aus der Frauenhaftanstalt Nr. 14 in der Republik Mordowien in eine Strafsiedlung nach Krasnojarsk verlegt. Tolokonnikowa hatte zuvor mit einem Hungerstreik gegen die Haftbedingungen protestiert.
18.10.2013	Anatolij Jakunin, Leiter der Hauptverwaltung des russischen Innenministeriums für die Stadt Moskau, erteilt die Anweisung, jeden Freitag »operativ-präventive« Einsätze zur Aufdeckung illegaler Gastarbeiter in Moskau unter Beteiligung von Polizei, Bürgerwehren und privaten Sicherheitsdiensten durchzuführen. Mit gleicher Zielsetzung soll bis Ende des Jahres jede Moskauer Wohnung kontrolliert werden.
19.10.2013	Die letzte Sitzung des russischen Koordinationsrates der Opposition wird wegen zu geringer Teilnehmerzahl abgesagt. Der Rat wurde vor einem Jahr zur Koordination der Protestgruppen gewählt. Ein Termin für die Wahl eines neuen Rates steht nicht fest.
20.10.2013	Auf dem Marsfeld in St. Petersburg versammeln sich rund 400 Nationalisten. Nach Ausschreitungen werden 16 Jugendliche von der Polizei festgenommen.
21.10.2013	Präsident Wladimir Putin empfängt im Moskauer Kreml den indischen Premierminister Manmohan Singh. Im Zentrum der Gespräche steht die Vertiefung der strategischen Partnerschaft zwischen beiden Ländern.
21.10.2013	Bei einem Selbstmordattentat in einem Linienbus in Wolgograd kommen sechs Passagiere ums Leben. Weitere 33 Personen werden verletzt. Die Täterin stammt aus Machatschkala (Dagestan).
22.10.2013	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew trifft bei einem Besuch in China mit seinem Amtskollegen Li Keqiang zusammen. Im Kontext des Besuchs werden eine Reihe von Abkommen, u. a. über eine Kooperation im Bildungsbereich, unterzeichnet.

22.10.2013	Präsident Wladimir Putin nimmt an den Feierlichkeiten zum 225. Jahrestag der zentralen geistlichen Verwaltung der russischen Muslime in Ufa (Baschkortostan) teil. Er ruft diese dazu auf, den Einfluss radikaler Strömungen einzudämmen. Im Anschluss leitet Putin eine Sitzung des Präsidentenrats zu interethnischen Beziehungen. Im Zentrum stehen die ethnisch aufgeladenen Ausschreitungen in Birjuljowo, einem Moskauer Vorort. Putin unterzeichnete ein Gesetz, das die Verantwortung von Regionen und Kommunen bei interethnischen Konflikten erweitert.
22.10.2013	Bei der Explosion von Munition auf einem Militärübungsplatz im Gebiet Pskow werden sechs Angehörige der Luftlandetruppen getötet und zwei weitere verletzt.
23.10.2013	Nadeshda Tolokonnikowa, »Pussy Riot«-Aktivistin, wird in die Haftanstalt Nr. 2 in Alaty, Republik Tschuwaschien, verlegt.
23.10.2013	Präsident Wladimir Putin hält eine Vorlesung über Innenpolitik und moderne Managementprinzipien auf einem Seminar, das von der Präsidialadministration für Bürgermeister und Verwaltungsvorsitzende russischer Großstädte durchgeführt wird.
23.10.2013	Das russische Oberste Gericht lehnt eine Überprüfung des Urteils gegen Alexej Pitschugin, den ehemaligen Sicherheitschef des zerschlagenen Ölkonzerns Jukos, ab. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte zuvor eine Revision des Urteils auf Grund von Verfahrensfehlern gefordert. Pitschugin wurde 2008 wegen Mordes zu 20 Jahren Haft verurteilt.
23.10.2013	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew entbindet Gennadij Onischtschenko vom Posten des Leiters des russischen Dienstes für den Verbraucherschutz. Die Nachfolge tritt vorläufig dessen Stellvertreterin, Anna Popowa an. Onischtschenko wird zum Gehilfen Medwedews für Fragen des Gesundheits- und Verbraucherschutzes ernannt.
23.10.2013	Das russische Strafverfolgungskomitee nimmt eine Neubewertung der Protestaktion von Greenpeace vor der Bohrsinsel »Priraslommaja« am 18. September vor. Statt des Vorwurfs der »bandenmäßigen Piraterie« wird den Aktivisten nun »Rowdytum« unterstellt.
24.10.2013	Das Moskauer Bürgermeisteramt genehmigt eine Demonstration der Opposition für den 27. Oktober mit der Losung »Für die Freiheit der Gefangenen des 6. Mai und aller politischer Gefangener«. Nationalistischen Gruppen wird eine vorläufige Genehmigung für einen »russischen Marsch« am 4. November erteilt.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfred Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
Consulting

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Reporter ohne Grenzen (ROG)-Bericht: Wie der russische Staat das Fernsehen lenkt

Zum Beginn des Olympischen Fackellaufs in Moskau stellt Reporter ohne Grenzen heute [8.10.] den Bericht »Der Kreml auf allen Kanälen. Wie der russische Staat das Fernsehen lenkt« vor. »Die systematische Unterdrückung unabhängiger Stimmen in russischen Medien steht in krassem Widerspruch zum Image eines modernen und offenen Landes, als das sich Russland zu den Winterspielen in Sotschi präsentieren will«, sagte ROG-Geschäftsführer Christian Mihr in Berlin. »Der Kreml nutzt das landesweite Fernsehen, um seine Macht zu sichern und mit der Kraft kontrollierter Bilder seine Sicht auf die Welt zu vermitteln«, so Mihr. ROG appelliert an die Programmverantwortlichen der deutschen Rundfunkanstalten, in der Sotschi-Berichterstattung Problemen wie Umweltzerstörung, Zwangsumsiedlungen und der Ausbeutung von Gastarbeitern einen angemessenen Platz einzuräumen.

Seit dem Amtsantritt Wladimir Putins im Jahr 2000 hat der Kreml die landesweiten Fernsehsender wieder weitgehend unter seine Kontrolle gebracht und durch gezielte Personalpolitik kritische Journalisten aus den Redaktionen gedrängt. Übrig bleiben bei den drei wichtigsten landesweiten Fernsehsendern (Perwyj Kanal, Rossija und NTV) Redakteure, die sich den Machthabern nicht offen entgegenstellen oder ihre Überzeugungen nicht offen auf dem Bildschirm vertreten. Ihren Einfluss stützen diese Sender auf ein noch aus sowjetischer Zeit stammende Übertragungssystem, das fast alle Haushalte des riesigen Landes erreicht. Kremlkritische Sender, wie der vor dreieinhalb Jahren gegründete Kanal TV Doschd werden auf diesem Weg nicht übertragen. Unabhängige Zeitungen oder Onlinemedien spielen bei der politischen Willensbildung im Land nur eine geringe Rolle.

Reporter ohne Grenzen beobachtet mit Sorge, dass sportliche Großereignisse häufig an autoritär regierte Staaten vergeben werden, die Menschenrechte missachten. »Mit der Entscheidung für Russland übernimmt das Internationale Olympische Komitee die Verantwortung dafür, dass demokratische Grundrechte während der Winterspiele gewahrt werden«, sagte Christian Mihr. »Das IOK muss den Anspruch seiner eigenen Charta einlösen und eine umfassende, freie Berichterstattung über die Olympischen Spiele 2014 sicherstellen. Es sollte den Grundsatz der Pressefreiheit weit aus deutlicher als bisher verteidigen und sich nicht scheuen, die Einhaltung grundlegender Bürgerrechte in der Russischen Föderation anzumahnen.«

Internationale Journalisten ruft Reporter ohne Grenzen zu einem transparenten und verantwortungsvollen Umgang mit Fernsehbildern und journalistischem Material aus Russland auf. Angesichts der massiven Kontrolle des russischen Fernsehens durch den Staat sollten Rundfunkanstalten, die Material staatsnaher russischer Sender übernehmen, dies deutlich kennzeichnen und die Herkunft der Bilder durch Quellennachweise transparent machen. Berichterstatter sollten die Realität vor Ort im Blick behalten und sich nicht durch professionell produziertes, vermeintlich journalistisches Material täuschen lassen, das im Auftrag der russischen Führung entsteht und deren Image im Ausland verbessern soll.

Reporter ohne Grenzen fordert die russische Regierung auf, ihrem eigenen Anspruch ernst zu nehmen, dass die Olympischen Spiele in Sotschi zur Modernisierung des Landes beitragen sollen. Dies darf sich nicht auf Wirtschaft oder Infrastruktur beschränken, sondern muss auch die Entwicklung einer lebendigen Zivilgesellschaft einschließen. Dazu gehört ein freier Zugang aller Bürger zu umfassenden Informationen, der momentan nicht gewährleistet ist.

Der Bericht »Der Kreml auf allen Kanälen« fußt auf rund 30 Interviews mit Journalisten, Medienexperten und Beobachtern, die ROG-Pressereferentin Ulrike Gruska im Sommer 2013 in Moskau und Berlin geführt hat. Viele Kollegen – vor allem aus staatlichen oder staatsnahen russischen Medien – waren nur anonym dazu bereit, mit Reporter ohne Grenzen zu sprechen, um ihre weitere Tätigkeit nicht zu gefährden. Russland steht auf der ROG-Rangliste der Pressefreiheit Russland nur auf Platz 148 von 179 Staaten. Seinen Präsidenten Wladimir Putin zählt Reporter ohne Grenzen seit Jahren zu den größten Feinden der Pressefreiheit weltweit.

Sie können den Bericht »Der Kreml auf allen Kanälen. Wie der russische Staat das Fernsehen lenkt« (Oktober 2013) hier herunterladen: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/images/Kampagnen/Sotschi/ROG-Russland-Bericht-2013_web.pdf>

Presstext ROG <<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/presse/pressemitteilungen/meldung-im-detail/artikel/rog-bericht-wie-der-russische-staat-das-fernsehen-lenkt/>>

Abstracts der Beiträge aus OSTEUROPA 9/2013 »Machtlabyrinth. Russland und der Bürgerkrieg in Syrien«

OSTEUROPA 9/2013 ist erschienen. Das Heft »Machtlabyrinth. Russland und der Bürgerkrieg in Syrien« hat 128 Seiten und kostet 10,00 €. Zu bestellen ist es bei osteuropa@dgo-online.org. Es enthält folgende Beiträge:

Stephan Rosiny

Ausweg aus dem Bürgerkrieg

Machtteilung in Syrien statt regionalen Flächenbrands

In Syrien ist der zivile Aufstand gegen ein autoritäres Regime zu einem Bürgerkrieg und Stellvertreterkrieg geworden. Er droht zu eskalieren und die gesamte Region in Brand zu setzen. Weder eine Militärintervention von außen noch der militärische Sieg einer Seite bieten eine Lösung. Jeweils droht die regionale Ausweitung des Konflikts. Nur eine politische Lösung unter Einschluss externer Vermittler wie Russland und Iran kann einen Ausweg bieten. Ziel sollte zunächst eine Machtteilung sein. Danach ginge es um den Aufbau integrativer staatlicher Strukturen. Der Libanon bietet das Vorbild. Dort war der fünfzehnjährige Bürgerkrieg mit der Kompromissformel »Kein Sieger, kein Besiegter« beendet worden.

Roy Allison

Unheilige Allianz

Russlands Unterstützung für das Assad-Regime

Russland hat sich zur zentralen Schutzmacht des Assad-Regimes in Syrien aufgeschwungen. Warum geht Moskau ein so großes diplomatisches Risiko ein? Historische Verbundenheit und Sehnsucht nach vergangener Größe reichen als Erklärung nicht aus. Auch die ökonomischen und strategischen Interessen Russlands in Syrien sind nicht allzu groß. Eine gewisse Rolle spielt die Furcht vor radikalen Islamisten, die nach einem Sieg im syrischen Bürgerkrieg den Nordkaukasus destabilisieren könnten. Das entscheidende Motiv für Moskaus Syrien-Politik ist jedoch, dass Putin und seine Entourage nach dem Sturz Gaddafis in Libyen und dem Aufkommen der Protestbewegung in Russlands selbst, um jeden Preis einen von außen unterstützten Regimewechsel verhindern wollen.

»Keine Solidarität mit dem Westen!«

Russland und der Krieg in Syrien

Russland spielt eine Schlüsselrolle im Syrienkonflikt. Jahrzehntlang hat es Syrien militärisch, wirtschaftlich und politisch unterstützt. Doch dies alleine erklärt nicht, weshalb Moskau so entschieden für das Assad-Regime Position bezieht. Beobachter sind sich über die Motive uneinig. Für die einen hat Russland ein legitimes Interesse an Sicherheit und Stabilität an seiner Südgrenze. Dies schließt den Kampf gegen Islamismus ein. Andere Beobachter sehen im Syrienkonflikt nur eine Bühne, die der Kreml zynisch bespielt. Moskau gehe es nicht darum, das Leiden der Menschen zu beenden und die Verantwortlichen für das Morden und den Einsatz von Giftgas dingfest zu machen, sondern darum, die USA zu stoppen und das eigene Statusbedürfnis zu befriedigen. Den Charakter des Bürgerkriegs, die Rationalität des russischen Verhaltens, die Bedeutung der Chemiewaffeninitiative sowie Moskaus Einfluss auf Teheran analysieren: Efraim Karsh (GB), Mark Katz (USA), Margarete Klein (D), Fedor Luk'janov (RUS), Marie Mendras (F) sowie Georgij Mirskij (RUS).

Hannes Adomeit

Fehler im Betriebssystem

Die russisch-amerikanischen Beziehungen

Dass sich die Außenminister Kerry und Lavrov am 14. September 2013 auf einen Sechs-Punkte-Plan zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen geeinigt haben, kann über eines nicht hinwegtäuschen: Die Beziehungen zwischen Russland und den USA sind auf einem Tiefpunkt. Grund für die tiefgreifende Entfremdung sind die inkompatiblen innen- und außenpolitischen Ziele und Perzeptionen der beiden Regierungen. Für einen Neustart, wie ihn Obama nach seiner Wahl zum Präsidenten bereits einmal angekündigt hatte, fehlt die Bereitschaft.

Steffen Halling

Integrationsmotor Fußball?

Russland, die Ukraine und die »Vereinigte Liga«

Russland strebt eine politische und gesellschaftliche Integration des postsowjetischen Raums an. Diesem Ziel könnte auch die seit Ende 2012 diskutierte Schaffung einer gemeinsamen Fußball-Liga mit der Ukraine dienen. Das staatlich kontrollierte Erdgasunternehmen Gazprom will die gemeinsame Liga mit enormen Mitteln sponsern. Die ukrainischen Vereine zeigen sich bislang zurückhaltend, und auch in Russland ist das Projekt nicht unumstritten. Das letzte Wort wird die UEFA haben.

Constantin Drees

Aschenputtel auf dem Centre Court

Medienbilder vom russischen Tenniswunder

Russland ist seit einem Jahrzehnt Tennisgroßmacht. Insbesondere die Damen dominierten zeitweise das internationale Geschehen auf Rasen und Asche. Die westliche Presse versuchte, sich einen Reim auf diese Erfolgsstory zu machen, und erzählte ein Aschenputtelmärchen: Arme Russinnen hätten in Amerika den Aufstieg zum Tennisstar geschafft. Rasch wurde jedoch klar, dass viele der neuen Profis aus Tennisfamilien kommen und von ihren Eltern von frühster Kindheit an zu hartem Training angehalten wurden.

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de